Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit der illustrirten Beilage die „Neue Welt“.

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Weißgerbergasse 64, durch die Post und durch Colporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich 3,10 Mk., pro Woche 25 Pf. Postzeitungsliste Nr. 6892.

Insertionsgebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 13. | Breslau, Mittwoch, den 17. Januar 1894. | 5. Jahrgang.

Wehe den Gleichgiltigen!

Im gegenwärtigen Augenblick kann man die schlimmsten Klagen seitens zahlloser Arbeiter hören, welche theils gänzlich arbeitslos und mittellos dastehen, theils aber auf solch niedrigen Arbeitslohn gesetzt sind, daß sie unmöglich damit auch nur die allerdringendsten Bedürfnisse decken können. Die Zeit um Weihnachten und Neujahr bringt um der Feier- und Festtage willen erhöhte Ausgaben, aber verminderte Einnahmen, die Miethe muß bezahlt werden und die kalte Jahreszeit erfordert große Ausgaben für Heizung und Licht. Auch das Ernährungsbedürfniß ist in den kalten Wintermonaten stärker als im Sommer. Endlich tritt auch das Bedürfniß nach Bekleidung selbstverständlich in größerem Maße hervor. Alles dies drückt schon gewaltig, wenn noch völlige Gesundheit in der Familie des Arbeiters herrscht. Bricht nun aber gar erst, wie die kalte Jahreszeit mit ihrem jähen Temperaturwechsel das leicht mit sich bringt, auch noch Krankheit aus oder tritt in einer schon lange am Mark des Lebensglückes fressenden Krankheit eine Verschlimmerung ein, dann ist der Gipfel des allertraurigsten Elendes erklommen, die Verzweiflung steht vor der Thür. Bei vielen bedauernswerthen Opfern solcher Noth kommt dann der Schritt ins Verbrechen oder in die Gemeinheit. Diebstahl oder Aehnliches und der Erwerb mit dem preisgegebenen Leibe bieten die letzte verzweiflungsvollste Zuflucht. Der Sprung ins Lumpenproletariat ist gethan, von dem noch ehrlichen Proletariat werden diese Gesunkenen durch eine Kluft getrennt, für den Kampf gegen den Urheber dieser ganzen entsetzlichen Zustände, den Capitalismus, sind sie meist verloren.

Aber auch der noch ehrlichen Proletarier, welche sich noch so weit aufrecht zu erhalten wissen, daß sie nicht mit den Grundforderungen — nicht der bürgerlichen, sondern der eigenen proletarischen Moral in Widerspruch gerathen, bemächtigt sich in den Zeiten, wo es ihnen besonders schlecht geht, gar leicht Muthlosigkeit und Verzweiflung. Nichts ist für den Armen gefährlicher. Hier gelten die Göthe'schen Worte: Gut verloren, etwas verloren, Muth verloren, viel verloren, Ehre verloren, alles verloren! Am meisten tragen in unserer Zeit bei Denen, welche die Ehre d. h. vornehmlich die eigene Selbstachtung noch nicht verloren haben, aber geneigt sind den Muth zu verlieren, die Frauen dazu bei, daß dies geschieht. Sie haben gewöhnlich noch ganz und gar kein Verständniß für den Zusammenhang zwischen den Ereignissen auf dem großen wirthschaftlichen und politischen Kampffelde und dem Zustande der Dinge innerhalb der vier Wände ihrer eignen kleinen Häuslichkeit. Sie vermeinen, wenn ihr Mann oder sie selber nur recht fleißig und geduldig ihrer Arbeit nachgingen und sich um nichts weiter bekümmerten, dann sei für ihr Wohl, soweit dies überhaupt möglich sei, am besten vorgesorgt. Die Theilnahme des Mannes an gewerkschaftlichen und politischen Bestrebungen scheint ihnen die Gefahren des Kampfes ums Dasein nur noch zu erhöhen, zumal wenn sie sehen, wie der Staat, ausgerüstet mit seinen polizeilichen und richterlichen wie sonstigen obrigkeitlichen Organen, so manchen von Denen, die ihn zu bekämpfen wagen, durch Geld- und Gefängnißstrafen sowie sonstige Schäden allerlei Art empfindlich zu treffen vermag. Da kommt die kluge Kurzsichtigkeit und Beschränktheit und warnt aufs eifrigste vor der Betheiligung an solch gefahrvollen Geschichten. Zahllose Arbeiter aber giebt es auch, welche die unerläßliche Nothwendigkeit des politischen Kampfes zwar begriffen haben, sich selber aber den Geschossen nicht aussetzen möchten und vielleicht sogar in ihrer tragischen Thorheit schadenfroh in sich hineinlachen, daß die Anderen so dumm sind, sich im Kampfe für die Allgemeinheit aufzuopfern. Solche Muthlosigkeit und Gleichgiltigkeit ist der allerschlimmste Feind der Arbeiter. Denn da hat der Capitalismus freies Feld, um seine verheerende Thätigkeit rücksichtslos auszuüben. Es fehlen die Kämpfer, die ihm ein Halt zuriefen. Und was ist die Folge? Die schrecklichste Proletarisirung, die immer fortschreitende Verarmung der bisher Bessergestellten, die ständige Vermehrung des gänzlich gesunkenen Lumpenproletariats. Eines kann vielleicht dabei noch einen Trost geben, daß, wenn die tiefsten Schichten des Proletariats so tief sinken, daß sie für den charaktervollen Kampf der Socialdemokratie verloren gehen, in demselben Maße auch bisher höhere Volksschichten sinken und der Socialdemokratie geistige und moralische Kraft zuführen. Aber dieser Trost kann nur ein sehr geringfügiger sein. Das Elend der Volksmassen kann und darf nicht mehr steigen, wir müssen rastlos und ruhelos an der Vernichtung jenes furchtbar gefährlichen Wahnes arbeiten, der noch Tausende und Abertausende gefangen hält, als ob die politische Gleichgiltigkeit oder gar die bewußte Feindseligkeit gegen die politische öffentliche Bethätigung das richtigste, für den Arbeiter nützlichste Verhalten wäre. Daß dies nicht richtig ist, dafür sind die herrschenden Zustände der beste Beweis. Dieselben sind so traurig, so furchtbar niederdrückend, weil bis heute der Capitalismus noch die Macht hatte, weil die großen Arbeitermassen sich noch viel zu sehr ihrem schlimmsten Feinde gegenüber gleichgiltig verhalten oder nicht Muth genug haben, um mit allen Mitteln der Klugheit jenes Heer auf die Beine zu bringen, das der Herrschaft des

---

Nach Sibirien verbannt.

Erzählung von Friedrich Thieme.

51] (Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung).

Die Flüchtlinge ließen sich noch manche Einzelheit über die letzten Lebensschicksale und das traurige Ende des liebenswürdigen Jünglings erzählen, ehe sie, nicht länger im Stande, ihre Ermüdung zu bekämpfen, ihr einfaches Lager aufsuchten. Bevor Felix jedoch zur Ruhe ging, öffnete er noch einmal die Thür der Hütte und schaute sich prüfend um.

„Der Orkan hat sich gelegt“, äußerte er wieder herantretend, fast ein wenig besorgt, „leider ein paar Stunden zu früh für uns. Doch wenigstens haben wir keinen Mondschein.“

Felix und Sophia schliefen — ersterer auf einem auf dem Boden improvisirten Bett, letztere im Gelaß, Isabellas — fest und ruhig, trotzdem ihre Lagerstätten und die Zustände in der Baracke nicht die besten waren. Ganz im Gegentheil — fauchend und kalt drang die Luft durch die dünnen Wände und zahlreichen Spalten der Bude, und obgleich Galuschkin vor Schlafengehen den Ofen noch mit einer tüchtigen Ladung Holz gespeist hatte, so herrschte doch während der Nacht eine eisige Kälte in dem Raume, die zu der Mangelhaftigkeit der Betten im umgekehrten Verhältniß stand, aber unsere Freunde waren zu sehr erschöpft, als daß selbst noch größere Widerwärtigkeiten sie hätten zu stören vermögen.

Der Tag war schon weit vorgeschritten, als beide sich endlich erhoben, gestärkt durch die lange entbehrte Ruhe und bereit, sofort mit frischen Kräften den Marsch nach dem Gute Anutschins zurückzulegen.

„Wenn wir dieses Ziel glücklich erreichen“, sagte Felix, als beide mit Isabella und den Männern gemeinschaftlich ihren Morgenthee zu sich nahmen, „und Herr Anutschin die Verheißung des Herrn Galuschkin erfüllt, so sind wir in verhältnißmäßiger Geborgenheit.“

„Wenn —“ erwiderte Sophia pessimistisch.

Sofort nach dem Thee brachen sie auf. Galuschkin trat vor dem Verlassen der Hütte noch einmal in die Thür, um nachzusehen, ob alles sicher sei.

„Beim heiligen Gregor“, rief er bestürzt, indem er eilig in das Innere zurückkehrte, „ich sehe einen Schlitten auf der Landstraße, der mit Windeseile näher kommt.“

Sophia erbleichte.

Isabella erfaßte in ängstlicher Erwartung ihre Hand.

Hastig eilte Felix auf die Straße.

„Lazareffs Gefährt“, verkündete er mit einer Miene finsterer Entschlossenheit.

„Lassen wir es vorüberfahren“, meinte Casimir, welcher die Gefahr noch nicht in ihrem vollem Umfange begriff.

„Vorüberfahren“, polterte Galuschkin. „Denken Sie denn, daß der vorüberfährt? So wahr ich Galuschkin heiße, wird der Schuft hier halten, nach den Flüchtlingen fragen und die Baracken alle durchsuchen lassen — nein, Ihr müßt fort, auf der Stelle. Nur die Schnelligkeit Euerer Füße kann Euch retten. Vorwärts! Wendet Euch von der Thüre aus rechts und geht gerade fort, bis Ihr das Ufer des Ob erreicht, dort geht links bis zur Brücke — jenseits derselben findet Ihr einige Häuser, deren Bewohner Euch leicht den weiteren Weg zu Anutschins Gute zeigen werden. Wenn Ihr nur erst den Ob erreicht habt, so vermögt Ihr Euch leicht zu verbergen. Lebt wohl!“

Ein rascher Händedruck, eine hastige Umarmung Sophias und Isabellas, ein einziges Dankeswort, das in seiner Kürze mehr sagte als hundert Phrasen — und die Flüchtlinge, ihr geringes Gepäck in der Hand, stürzten hinaus und in der von Galuschkin bezeichneten Richtung davon.

Zu spät — der Feind war schon zu nahe. Eben als Felix und Sophia die Stube verließen, hielt der Schlitten des Gouverneurs vor der ersten Baracke.

In dem Schlitten saß Lazareff, begleitet von drei Kosaken und einem Bauer, der als Führer diente. Spähend ließ der Gouverneur seine Blicke umherschweifen. Die verstreuten Hütten am Ufer des Ob weckten anscheinend sein Mißtrauen, er zeigte mit dem Finger darauf und sprach einige Worte zu seinen Begleitern.

Einer derselben stand auf und machte eine Bewegung, als wolle er herausspringen. In demselben Augenblicke aber bemerkte Lazareff die Flüchtlinge, die eben um die Ecke der letzten Baracke bogen.

Hastig hielt er den Soldaten am Arme zurück.

Capitalismus einmal ein Ende bereiten muß. Arbeiter! Wenn es Euch so erbärmlich schlecht geht, so glaubt nur der ehrlich Euch zum charaktervollen Kampf auffordernden Socialdemokratie, Ihr tragt selber die Schuld, weil Ihr in Eurer Gleichgiltigkeit und Muthlosigkeit noch nicht dem Rufe der Socialdemokratie zur Bildung eines politisch aufs Tüchtigste geschulten Arbeiterheeres gefolgt seid. Nur ein Theil der Arbeiter hat die Nothwendigkeit des Klassenkampfes klar erkannt und wieder nur eine ganz geringe Anzahl von Denen, welche jenen Zusammenhang zwischen den Ereignissen auf dem großen politischen Felde und dem Lebensschicksal des Einzelnen begriffen haben, richten sich nach dieser Erkenntniß auch in ihrem wirklichen Verhalten und agitiren mit ganzer Kraft für die politische Organisation der Arbeiter, die Socialdemokratie.

Arbeiter! Wollt Ihr noch immer tiefer sinken und mit jedem kommenden Winter größerer und peinlicherer Noth verfallen, dann bleibt gleichgiltig und muthlos, wollt Ihr aber, daß es besser werde, daß eine günstigere Witterung aus den höheren Regionen des politischen und wirthschaftlichen Lebens Euer Einzelschicksal begünstige, dann sorgt dafür, daß aus der Arbeiterwelt jener gewaltigste Factor immer mächtiger heranwachse, der am meisten Einfluß auf die Umgestaltung unseres wirthschaftlichen und politischen Klimas besitzt, sorgt dafür, daß die **Socialdemokratie zu einer Alles überwindenden Macht werde.**

Politische Rundschau.

Deutschland.

Vierzig Initiativ-Anträge sind in dieser Reichstags-Session eingebracht worden. Von diesen sind erst zwei, betreffend die Alters- und Invaliditäts-Versicherung, erledigt. Außerdem hat der Jesuitenantrag die erste und zweite Berathung, der Antrag der Centrumspartei wegen der Concursordnung die erste Berathung passirt.

Der Vorstand des deutschen Freidenker-Bundes hat, wie wir schon meldeten, an den Reichstag eine Petition gerichtet, in welcher die Beseitigung des § 166 des Strafgesetzbuches gefordert wird. Die Petenten begründen ihre Forderung mit folgenden Ausführungen:

„Die Freiheit der religiösen Ueberzeugung ist der Maßstab der Bildung und Humanität eines Volkes. Das vergangene Jahrhundert hat diese Freiheit theoretisch erkämpft, die Aufgabe unserer Zeit wäre es gewesen, sie allenthalben zum unverrückbaren gesetzlichen Ausdruck zu bringen. Die Freiheit der Ueberzeugung ist aber ein nichtiges Scheinbild, ohne die volle Freiheit des kritisches Wortes, ohne die Gewähr, dem Gedanken unbehindert eine freie Form und einen freien Ausdruck geben zu können.

„Die zahllosen Verfolgungen, welche im Verlauf der jüngsten Jahre auf Grund des § 166 des St.-G.-B. oft genug unter überaus scharfer Auslegung desselben, zu verzeichnen sind, beweisen nur, daß der Geist dieser gesetzlichen Bestimmung ein Rückstand vergangener Zeit ist. Der Widerspruch, den die unter den neueren philosophischen Welt- und Lebensanschauungen einherschreitende Wissenschaft mit den religiösen Anschauungen einer entlegenen Zeit in weiten Volksschichten hervorgerufen hat, ist ein so großer, daß er nicht mehr zu bestreiten ist; er fordert die öffentliche Kritik der Meinungen und Anschauungen auch auf religiösem Gebiete mehr als je heraus und macht sie sogar nothwendig. Sowohl der Zwiespalt zwischen den gottgläubigen und den gottverneinenden Anschauungen, als auch die große Kluft, die sich schon innerhalb der unterschiedlichen gottgläubigen Bekenntnisse vorfindet, stellt dem Staate und damit dem Gesetze die Pflicht einer absoluten Neutralität gegenüber den Parteien. Nicht nur die Kritik eines mit unserer Zeit absolut unverträglichen Heiligen- und Wunderglaubens hat (wie der Proceß des Pfarrers Thümmel in Remscheid vor dem Landgericht in Elberfeld 2c. beweist) zu Verurtheilungen auf Grund des § 166 des Strafgesetzbuches geführt, sondern auch bloße Aeußerungen über das rein Menschliche der Gottesvorstellung haben Anklagen auf Grund des erwähnten Paragraphen gezeitigt, die selbst dann, wenn eine Verurtheilung seitens der Anklägerschaft nicht zu erreichen gewesen ist, doch mit Verfolgungen, Belästigungen und oft schweren Kosten für die Angeklagten verknüpft waren.

„Die Würde jeglicher religiösen Ueberzeugung, die Verehrung und Hochachtung für kirchliche Einrichtungen und religiöse Corporationen können nur dadurch im Volke sicher gewahrt bleiben, daß sie ihrem eigenen Geiste entfließen. Die Macht des Gesetzes wird niemals einen Schutz verleihen können, der nicht aus der Erhabenheit und Wahrheit der Lehren und Ueberzeugungen selbst entspringt. Ein Gesetz aber, das sich zum Schutze von Vorstellungen und Einrichtungen aufwirft die durch eine freimüthige Kritik zu verlieren haben, wirkt nur erbitternd. In diesem Sinne müssen wir den § 166 des St.-G.-B. als zweckverfehlend durchaus verwerfen.“

„Die Befürchtung der Verletzung einer religiösen Ueberzeugung durch rohe Beschimpfung aber kann unseres Erachtens kein Grund zur Aufrechterhaltung dieses Gesetzesparagraphen sein. Denn das Ehrwürdige ist noch nie durch den gemeinen Schimpf erniedrigt worden, noch haben durch ihn religiöse Glaubensvorstellungen einen Abbruch erfahren können. War dies aber z. B. richtig zur Zeit, als das christliche Bekenntniß noch den blutigsten Verfolgungen und der erlaubten öffentlichen Beschimpfung preisgegeben war, so ist es nicht weniger wahr zu einer Zeit, wo dieses Bekenntniß eine früher nie gekannte Ausbreitung errungen hat.“

Es wäre sehr zu wünschen, daß dieser Forderung Folge gegeben würde. Wir waren aber nicht darauf zu hoffen, daß es geschieht. Die Strömung in maßgebenden Kreisen — auch in ausschlaggebenden parlamentarischen — geht heute leider viel mehr in entgegengesetzter Richtung, als dahin, mittelalterliche Beschränkungen der freien Meinungsäußerung zu beseitigen.

Ehrlichkeit ist die beste Politik, dieser Satz bewährt sich auch in der socialpolitischen Gesetzgebung. Die Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung, anknüpfend an den kaiserlichen Erlaß von 1882 wurde von allen „staatserhaltenden“ Parteien als der höchste Ausfluß der Weisheit und Arbeiterfreundlichkeit bis in den Himmel erhoben, durch sie sollte der Socialdemokratie das Wasser abgegraben sein. Ueber die Mängel der Gesetze wurde ob dieses Zweckes hinweggesehen und die Opposition der Socialdemokratie gegen dieselben wurde einfach der Furcht zugeschrieben, daß die Arbeiter von den „Wohlthaten“ der Gesetze so geblendet sein würden, den socialdemokratischen Fahnen den Rücken zuzukehren. Diese selben Gesetze, welche ein Kampfmittel gegen die Arbeiter sein sollten, sind jetzt ein Dorn im Fleische der besitzenden Klassen und die Socialdemokraten werden sich wohl hüten, diesen Dorn herausreißen zu helfen. Die Wohlthaten derselben sind von den „staatserhaltenden“ Parteien so überaus gepriesen worden, daß die kümmerlichen Unterstützungen, welche den Arbeitern, zum großen Theil auf eigene Kosten, zufließen, erst recht die Unzufriedenheit der Arbeiter heraufbeschwören und in den rückständigsten Gegenden die Arbeiter um die Partei schaaren müssen, welche die Renten der Alten und Invaliden über ein bloßes Almosen hinaus erhöhen wollte. Man sieht auch hier wieder, wie die reactionären Parteien, indem sie die Socialdemokratie bekämpfen, nur für diese arbeiten. Dieser Erkenntniß entstammt der Aerger der „National-Zeitung“, über das Verhalten der Socialdemokratie, welche an den „Grundlagen“ der Versicherungsgesetze, die sie bei der Berathung abgelehnt hatte, jetzt durchaus nicht gerüttelt wissen will.

Eine Wetterwolke zieht sich über dem Denkerhaupte des Herrn Eugen Richter zusammen. Wegen seiner Haltung beim Jesuitenantrag des Centrums kündigt dieses ihm die Freundschaft und will ihn bei der nächsten Reichstagswahl in Hagen durchfallen lassen. Das Wahlcomitee der Centrumspartei in Hagen hat unter Assistenz sämmtlicher Geistlicher in gemeinschaftlicher Sitzung berathen, welche Stellung das Centrum im Kreise Hagen dem Abgeordneten Eugen Richter gegenüber, nach seiner letzten Abstimmung anläßlich der Jesuitendebatte im Reichstage für die Folge einzunehmen habe. Ueber die Abstimmung selbst herrschte, wie die „Germania“ berichtet, nur eine Stimme der tiefsten Indignation, aber andererseits war ein großer Theil der Versammlung aus tactischen Erwägungen gegen eine von vielen Wählern gewünschte Protestversammlung, weil man sich mit einer gewissen Berechtigung sagte, gegen Etwas, das nicht klipp und klar als Wortbruch dastehe, könne man in solchem Falle schlecht protestiren. Daß jeder Wähler des Centrums durch das „Nein“ Eugen Richters auf das Herbste enttäuscht sei, und daß alle Wähler wünschten, dieserhalb mit Herrn Richter abrechnen zu können, verstehe sich von selbst. Eine Protestversammlung wird nicht stattfinden, dagegen hat das Centrum gebührend Notiz davon genommen, daß Herr Richter sich bei dieser Gelegenheit so recht des in ihn gesetzten Vertrauens — auch des wenigen, welches man zu ihm hatte, — unwürdig gezeigt hat, und der Tag der Abrechnung ist die nächste Reichstagswahl. Wenn Herr Richter dann nach der Wahl noch Richter-Hagen heißt, so soll wenigstens nicht mehr die Stimme auch nur eines einzigen treuen Centrumswählers daran schuld sein.

So verkündet die „Germania“. Herr Richter, der

„Vorwärts!“ schrie er dem Bauer zu, „dort sind sie! Vorwärts! Vorwärts!“

Der Bauer hieb aus Leibeskräften auf die Pferde ein, worauf der Schlitten wie vom Sturmwind gepeitscht hinter den Liebenden dahinflog.

Wie zwei flüchtige Gazellen glitten Felix und Sophia über die glitzernde Schneedecke dahin, um das schützende Ufer des Ob zu erreichen. Umsonst — die schneebedeckte Ebene gestattete Lazareff, ihnen dicht auf den Fersen zu folgen — athemlos erreichten sie zwar den Strom, aber die Brücke war noch wenigstens eine Meile entfernt — erschreckt blieben sie stehen und sahen einander unschlüssig an — was nun beginnen?

Entfliehen war unmöglich — sie waren zu erschöpft, todesmatt, und mußten, wenn sie am Ufer entlang eilten, den mit frischen Kräften ausgerüsteten Verfolgern binnen wenigen Minuten in die Hände fallen — hinter ihnen versperrten die Feinde selbst den Ausweg — vor ihnen breitete sich der Strom aus, der in seinem Wintergewande ein Bild von furchtbarer Pracht darbot — die Frühlingswinde hatten die weiße Eisdecke, welche die schäumenden brausenden Wassermassen in eine eherne gewaltige Brücke verwandelte, gebrochen und polternd rollten die riesigen Schollen daher, bald aufeinander stoßend, bald sich aufeinander thürmend, bald zischend aneinander vorüber jagend und weite Furchen zwischen sich lassend.

Sophia warf einen schaudernden Blick auf den Strom.

„Dort hinein“, sagte sie leise, „ist unser letzter Ausweg.“

„Nicht dort hinein“, rief Felix wild, „dort hinüber! Nimm meine Hand, Sophia, nimm sie fest — und nun vorwärts — der Fluß ist barmherziger als diese Schurken!“

Lazareff stieß einen Ruf des Triumphes aus, als er nun aus dem Schlitten sprang und sich den Liebenden, die ihm, wie er meinte, nicht mehr entrinnen konnten, näherte. Aber sein Triumphgeschrei verwandelte sich in ein solches der Wuth und des Schreckens, als er plötzlich gewahrte, wie Felix und Sophia mit dem Muthe der Verzweiflung die krachenden Eisschollen des Stromes betraten und flüchtigen Fußes über dieselben hinwegeilten.

„Sie sind verloren!“ rief der Gouverneur mit aschfahlem Gesicht, „sie sind verloren!“

Und in der That schien es so, denn eben strauchelte Sophias Fuß auf der glatten Fläche, sie fiel nieder und zog Felix mit sich zu Boden.

„Halt, halt, Ihr Wahnsinnigen!“ schrie Lazareff „halt oder ich schieße!“

Doch die Liebenden stürmten vorwärts — Sophia hatte bei dem Falle ihren Schuh verloren, die scharfen Kanten des Eises verletzten ihre zarten Füße und rothes Blut färbte die weiße, strahlende Fläche. —

Aber weiter, weiter eilten sie, nicht achtend des Schmerzes, der Drohung — nicht einmal den Blick wandten sie zurück, sodaß sie nicht sehen konnten, wie der zornige Feind eben das Gewehr an die Schulter legte, um die Geliebte, die er nicht in seine Gewalt bringen konnte, wenigstens nicht lebend entkommen zu lassen.

30. Capitel.
Borodins Abenteuer.

An demselben Abende, an welchem Felix und Sophia Galuschins Gäste waren, saß ein Mann einsam und gähnend in einem Kaffeehause in Perm.

Das Local gehörte weder zu den feinsten noch besuchtesten. Die Wände waren schmutzig, die Tische und Stühle abgenutzt, und das kleine Zimmer erfüllte eine dicke, rauchschwangere Luft, die man erst nach längerem Aufenthalt in dem Gemach halbwegs erträglich fand.

Der Mann war einfach, aber anständig gekleidet, seine lange, hagere Figur und sein steifes Wesen gaben ihm das Ansehen eines Engländers, der zu seinem Vergnügen reist, aber nur über spärliche Mittel verfügt.

Trotzdem zählte ihn das Reich Albion nicht zu den seinen. Wir erkennen vielmehr in ihm einen alten Bekannten, den Lieutenant Borodin, welcher auf einer Urlaubsreise begriffen ist, zu deren Schauplatz er seltsamerweise — so sagen wenigstens seine Collegen — Sibirien gewählt hat.

„Seltsamerweise“ — doch nicht so ganz. Alexander Borodin weiß, was er will.

(Fortsetzung folgt.)

bei der letzten Wahl nur noch auf nationalliberalen und ultramontanen Krücken in den Reichstag humpelte, wird sich also bei Zeiten auf den demnächstigen Durchfall vorbereiten können.

Zur Verherrlichung des Dreiklassen-Wahlsystems leitartikelt wieder einmal die „Kreuzzeitung" in ergötzlicher Weise. Die Weisheit des junkerlichen Blattes gefällt sich in folgenden Kraftsätzen:

„Selbstverständlich bestehen zwischen den verschiedenen Arten von Volksvertretungen qualitative Unterschiede. Als Ideal ist diejenige zu betrachten, welche ein verkleinertes Abbild der in den urtheilsfähigen Volkskreisen herrschenden Stimmung darbietet. Wären alle einzelnen Wähler wirklich politisch reif, wären sie also in der Lage, sich auf Grund eigenen Nachdenkens eine selbstständige politische Meinung zu bilden, dann könnte man mit Recht die Forderung aufstellen, daß das Stärkeverhältniß der Parteien im Parlamente dasselbe ist, wie in der Wählerschaft, und das allgemeine gleiche Wahlrecht würde vor der Klassenwahl den Vorzug verdienen. Aber Jedermann weiß, wie Wahlen gemacht werden. Die breiten Massen der Wählerschaft sind der Beeinflussung durch geschickte Agitatoren wie durch eine hetzerische Presse in gleichem Maße zugänglich, und diejenigen Parteien, welche in der Wahl ihrer Agitationsmittel am gewissenlosesten sind, erzielen die größten Erfolge."

Wenn diese Bemerkungen nicht einfältige Scherze darstellen sollen, sondern sich auf wirkliche Erfahrungen stützen, so kann die „Kreuzzeitung" nur von der conservativen Wählerschaft, von den Agitatoren und der demagogischen Presse des „Bundes der Landwirthe" sprechen. In diesem Falle mag ihre Weisheit darüber, „wie Wahlen gemacht werden," unanfechtbar sein.

Im Militarismus erblicken die „Staatserhaltenden" nicht nur die Waffe gegen den äußeren Feind, sondern auch den letzten Schutzwall gegen den „inneren Feind". Allmälig dämmert es jedoch hier und da auf, daß das nur ein recht zweifelhafter Trost sei. Eine volksfeindliche Politik kann sich wohl auf ein Söldnerheer stützen, nicht aber auf die Dauer auf ein Heer, welches aus der allgemeinen Wehrpflicht hervorgeht. Daß das „Volk in Waffen" sich nicht für immer für eine reactionäre Politik verwenden läßt, liegt auf der Hand. Das constatiren neuerdings auch die conservativen „Grenzboten". Dieselben bemerken zu der Sache:

„Vorläufig allerdings bildet das Heer noch ein Gegengewicht gegen die Zersplitterung des Volkes in oppositionelle Parteien, denn die preußischen Heereseinrichtungen sind so vortrefflich (?), daß viele aus oppositionellen Volkskreisen stammende Rekruten durch den Militärdienst dem Staate — wenigstens vorübergehend — gewonnen (??) werden. Allein die offenbare Aengstlichkeit, mit der seit etwa 15 Jahren die Hüter des Staates ihrerseits vor „Verführung" behütet worden, bezeugt nur zu deutlich, wie sehr man sich an leitender Stelle der drohenden Gefahr bewußt ist, es mag gehen, so lange es geht, aber schließlich wird das „Volk in Waffen" von derselben politischen Gesinnung durchdrungen sein, wie das Volk überhaupt."

Sehr richtig. Und dann ist eine gegen den Willen des Volkes gerichtete Politik unmöglich.

Arges Pech hat die „Kreuzzeitung" mit einem von ihr gegen den russischen Handelsvertrag ins Feld geführten Gewährsmann gehabt. Es handelt sich um einen deutschen Maschinenfabrikanten Pauckſch in Landsberg a. W. Jetzt wird der „Frankf. Ztg." aus Rußland geschrieben: „In Ihrer Nr. 4, Abendblatt vom 4. cr., berichten Sie, daß sich ein deutscher Maschinenfabrikant, der Commerzienrath Pauckſch in Landsberg a. W., in einem Briefe an die „Kreuzzeitung" gegen den deutsch-russischen Handelsvertrag ausgesprochen hat. Dies scheint auf den ersten Blick nicht erklärlich, wird es aber sofort, sobald man weiß, daß die Firma H. Pauckſch aus Landsberg a. W. auf russischem Boden, auf der Czerniakowska-Straße in Warschau, eine große Fabrik von Dampfkesseln und Dampfmaschinen errichtet. Die Abneigung gegen den Handelsvertrag kommt also daher, daß sich die Firma Pauckſch für ihr russisches Werk die deutsche Concurrenz vom Leibe halten will. Herr Pauckſch ist also in diesem Falle ein russischer Fabrikant, kein deutscher."

Ein frommer Arbeitsscheuer. Im „Leipziger Dorfanzeiger" vom 10. Januar ist folgende Anzeige zu lesen:

Ein kirchlich und conservativ gesinnter Arbeiter sucht Beschäftigung. Offerten unter O. 100 durch die Exped. d. Bl.

Zu bewundern ist nur, daß ein mit derartigen Eigenschaften ausgestatteter Mann arbeitslos werden kann. Ob da die Ordnungsbrüder ihre Redensart, daß Arbeitslose nur Arbeitsscheue sind, auch gelten lassen wollen?

Ausland.

Frankreich.

Der Pariser Kochtopf-Werfer wird von einem Correspondenten der „Frankf. Zeitung", welcher der Proceßverhandlung beiwohnte und das Urtheil noch nicht kannte, also geschildert:

Da saß er nun also auf der Anklagebank, wie das lebendige Problem der Anarchie. Es war wahrlich nicht leicht, über ihn zu richten. Nach der hohen Staatsraison hatte er den Tod verdient, das war kein Zweifel. Er hatte sich an der souveränen Volksvertretung vergriffen. Er hatte der bürgerlichen Gesellschaft einen Krieg ohne Gnade erklärt, und die Gesellschaft hatte das Recht, hatte die Pflicht, sich ohne Gnade zu vertheidigen. Aber alle diese so stolzen und so richtigen Erwägungen kamen ins Schwanken, als man ihn sah. Die Staatsraison konnte zehnmal Ja sagen, die Menschlichkeit sagte zwanzigmal Nein. Alles in dieser armseligen, in dieser beängstigenden Erscheinung rief die Menschlichkeit zu Hilfe. Vaillant hat keine Verbrecher-Physiognomie. Herr Bathaut, der frühere Minister, den wir zuletzt auf demselben Platze gesehen haben, paßte viel mehr in den Rahmen der Anklagebank als Vaillant. Beim ersten Blick, den man auf ihn richtete, sagte eine innere Stimme sofort: „Das ist ein Unglücklicher." Gram, Hunger, Entbehrung haben die tiefen Furchen in dieses Gesicht gegraben, aus dem die Knochen heraussteben, haben diesen Augen ihren trübseligen Schimmer gegeben, haben dieser Stimme ihren traurigen und manchmal so verbitterten Klang verliehen. Wenn man dann näher zusah, so entdeckte man allerlei Material zu einem zweiten ergänzenden Urtheil: „Das ist ein Verrückter." In der That, es ist beinahe der klinische Typus der Gesichtsmaske des Geisteskranken. Die unnatürlich gewölbte Stirn, hinter der sich schwere Gedanken wälzen müssen, die tiefliegenden, unstäten Augen, die starren Gesichtszüge, die ganze ungekünstelte Ruhe in den Stunden, wo es sich um Tod und Leben handelt — all' das deutet auf starke geistige Abnormität hin. So beginnt man langsam den Mann zu begreifen. Das Elend hat zuerst an ihm herumgebildet. Es hat ihm die große Verbitterung und den großen Haß gegeben. Dann kam die Verrücktheit und bildete aus diesem Haß das Verbrechen. Gewiß, es ist ein Wahnsinn, zu glauben, man könne durch das Werfen einer Bombe das goldene Zeitalter herbeiführen. Aber es ist auch gewiß, daß er an dieses tolle Zeug wahrhaftig geglaubt hat.

Und den Mann hat die bürgerliche Gesellschaft zum Tode verurtheilt! Das ist ein tausend Mal größeres Verbrechen als die That des „Verrückten", den die Gesellschaft zum „Verbrecher" gemacht hat.

Die Anarchistenstreife dauert in Paris fort. Die Polizei entdeckte gestern Abend in der Wohnung eines Anarchisten am Montmartre eine große Correspondenz, aus welcher hervorgehen soll, daß sich die gefährlichsten anarchistischen Elemente von Paris und den Vororten auf neue Attentate vorbereiten, welche am Tage der Hinrichtung Vaillant's zur Ausführung gebracht werden sollten. Der achtzehnjährige Anarchist Sollier, welcher offen erklärte, er wolle Ravachol nachahmen, wurde gestern verhaftet, nachdem bei der Haussuchung blosstellende Correspondenzen entdeckt worden waren.

Italien.

Selbst Bourgeoisieblätter veröffentlichen Artikel über die entsetzliche Noth auf Sicilien, die sich mit der Wahrheit vertragen. So schreibt z. B. die „Magdeburger Zeitung" Folgendes:

„Die menschenunwürdige Lage der sicilianischen Land Bevölkerung hat schon seit dem Jahre 1877 die Aufmerksamkeit der politischen Welt Italiens auf sich gezogen: So lange die Regierung des Landes bei den Conservativen lag, welche den fast durchweg radikal geplanten Sicilienern nicht gewogen waren, wurde für die Insel wenig gethan. Als aber im Jahre 1876 die Linke an die Regierung kam, war eine ihrer ersten Sorgen auf die moralische und materielle Hebung Siciliens gerichtet. Zu diesem Behufe ernannte das Parlament einen Ausschuß, der Erhebungen über die Lage der sicilianischen Landbevölkerung anstellen sollte und auf Grund dieser Erhebungen wollte man dann durch Gesetze und wirthschaftliche Maßregeln helfend eingreifen. Der Ausschuß wählte den sicilianischen Abgeordneten Abele Damiani zum Vorsitzenden und hat seine Aufgabe in siebenjähriger gewissenhafter Arbeit mustergiltig gelöst. Der Bericht des Ausschusses, welcher im Jahre 1884 veröffentlicht wurde, ist ohne Zweifel das vollständigste und zuverlässigste Document über die materielle und moralische Verfassung der sicilianischen Landbevölkerung und wirft helles Licht auf den Ursprung der entsetzlichen Aufruhrscenen, von denen die unglückliche Insel gegenwärtig heimgesucht wird."

In die Redaction der „Bresl. Morgen-Zeitung" ist das „helle Licht" nicht gedrungen, sonst hätte sie in ihrer Freitag-Nummer nicht so albernes Zeug zusammenschreiben können. Vielleicht nimmt sich der „College Chefredacteur" an der „Magdeburger Zeitung" ein Beispiel.

Mit Freuden constatiren die conservativen und liberalen Zeitungen, daß in Sicilien 40000 Mann

---

Im Anfang der Inquisition.

(Schluß.)

Von dem Falle Granadas hatten die Juden unter der Herrschaft der ihnen stammverwandten Araber die vollste Duldung. In dem Capitulationsvertrag, welchen Boabdil bei der Ueberlieferung Granadas an Spanien stellte, hatte er auch für die Sicherheit der Religionsübungen gesorgt. Da erschien am 30. März 1492 das Edict, daß ihnen nur die Wahl zwischen Bekehrung und Auswanderung oder Ermordung überlassen ist. Die Mehrzahl entschied sich für die Auswanderung. 1,800,000 Juden verließen, noch den Rest ihres Vermögens rettend, das furchtbare Land. So lange Talavera Erzbischof von Granada war, dessen Gesinnung der Ausspruch bezeichnet: „Den Mauren fehlt der Glaube der Christen, den Christen fehlen die guten Werke der Mauren", hielt man den Vertrag von 1492. Als aber im Jahre 1499 der Cardinal Ximenez das Bekehrungswerk in die Hände nahm, wurde der Vertrag mit Füßen getreten. Er war der erbärmlichste Wütherich, vor welchem nichts sicher war, zerstört zu werden; die kostbare Bibliothek Granadas, die herrliche Literatur eines hochbegabten Volkes ließ er massenhaft verbrennen. Die „heilige Hermandad" lieferte ihm nach Hunderten zählende Opfer für die Folter und den Scheiterhaufen. Er führte die Büchercensur ein, und jede geistige Freiheit wurde von der Krone mit der Kirche niedergehalten, weshalb das Volk in einen unlösbaren Widerspruch gerathen und Spanien dadurch geistig verkümmern mußte. Die Inquisition verbreitete sich in allen Ländern und wurde ein beliebtes Mittel, das sich die Herrschenden wählten.

50 Jahre darnach schleuderte ein Lutheraner, ein Ulrich von Hutten, Geschosse gegen das morsche Gebäude, welches in allen seinen Theilen zusammenzustürzen zu drohte. Und Hutten war es, der da schrieb: „An drei Dingen, heißt es da, hat Rom Ueberfluß an Alterthümern, Gift und Verwüstung. Drei Waaren halten die römischen Händler feil: Christus, Pfründen und Weiber. Drei Dinge stehen zu Rom im höchsten Preis: schöne Frauen, prächtige Pferde und Ballen. Aber auch die Gesellschaft kritisirte er als nationaler Freiheitsheld: Sehet hin, das sind die Plünderer unseres Volkes, die früher mit Gier, jetzt mit Frechheit und Wuth die erste Nation der Welt berauben, vom Blute und Schweiße des deutschen Volkes schwelgen, aus den Eingeweiden der Armen ihren Wanst füllen, ihre Ueppigkeit nähren. Trotz dieser so großen Macht, die die Herrschenden in der Inquisition besaßen, siegte die Erkenntniß, und deshalb wird auch die Erkenntniß über die moderne Inquisition siegen.

Es ist heute ein anderer Reformator dem Volke erstanden, als im 16. Jahrhundert, es ist dies das ganze bewußte Volk, geführt von der internationalen Socialdemokratie, welche dem Volke sagt: „Seht hin, der Capitalismus ist es, der unersättliche Kornwurm, der ungeheure Mengen unseres erarbeiteten Kornes verschlingt."

Die moderne Inquisition, die Lohnsclaverei, vernichtet Hunderttausende von Menschen im Namen der Cultur und Civilisation, der privatcapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Kleine Rundschau.

Unschuldig ins Irrenhaus gesperrt wurde der Kaufmann R., der im Süden der Stadt ein gut gehendes Colonialgeschäft betrieben hat. Am 14. December wurde er plötzlich von seinen eigenen Verwandten als geisteskrank denuncirt und schließlich, nachdem die von zwei Aerzten angeblich angestellte Untersuchung ebenfalls auf Geisteskrankheit lautete, in die Irrenabtheilung der Neuen Charitee eingeliefert. Hier mußte sich R., der sich vollständig geistesgesund fühlte, sich allerdings nur wegen zweier Proceßsachen und einer zurückgegangenen Verlobung in einer momentanen Aufregung befand, gefallen lassen, zuerst gebadet, dann mit einer Anstaltskleidung bekleidet und in einem Zimmer mit 14 Geistes- und epileptisch Kranken zusammen internirt zu werden. Der Vorsicht wegen wurde R. noch mit der Zwangsjacke bekleidet, ihm dieselbe jedoch schon am nächsten Tage wieder abgenommen und er selbst nach neuntägigem Aufenthalt nachdem die dortigen Aerzte sich von seiner geistigen Gesundheit überzeugt hatten, sofort wieder entlassen. R., dessen Geschäft in der Zwischenzeit von unkundiger Hand verwaltet und dem selber als einem anscheinend Geisteskranken das größte Mißtrauen entgegengebracht wird, ist durch dieses Vorkommniß vollständig ruinirt. Sein einst blühendes Geschäft ist soweit heruntergekommen, daß heute bereits eine Gläubiger-Versammlung stattfindet.

Soldaten stehen, denen es wohl gelingen werde, den Aufstand zu unterdrücken. Das ist Crispis „Gottesfriede“, den die „Lotta di classe“, das Centralorgan der italienischen Socialdemokratie, nicht unpassend als „Teufelsfriede“ bezeichnet. Die meisten Vorstände der Fasci sind eingekerkert, socialistische Zeitungen werden unterdrückt, ihre Redacteure eingelocht; dabei waltet die rücksichtsloseste Willkür. Bei der Noth und Armuth des Volkes verlohnt es sich zu bemerken, daß das ärmste Land seinem Könige die verhältnißmäßig höchste Civilliste — 14 000 000 — bezahlt, während das königliche Haus-Vermögen (Schlösser, Landgüter, Kunstschätze u. s. w.) etwa auf 110 Millionen Lire sich beläuft. — Keine wahre Nachricht wird ins Ausland gelassen.

Spanien.

Madrid, 9. Januar. Großes Aufsehen erregt hier ein Proceß, der gestern vor dem hiesigen Zuchtpolizeigerichte begonnen hat. Angeklagt waren ein Mädchen und ihr Liebhaber, weil sie ihr neugebornes Kind an eine unbekannte Person verkauft hatten. Beim Verhör nannte das Mädchen den Namen einer in den ersten Kreisen wohlbekannten Marquise, die das Kind gekauft habe. Diese Angabe wurde weder vom Gericht noch von der zahlreich erschienenen Zuhörerschaft geglaubt, als der Vertheidiger sich erhob und erklärte, er habe von einem Polizeibeamten die Mittheilung bekommen, daß die betreffende Dame wirklich das Kind gekauft habe. Die Verhandlung wurde hierauf vertagt. Der Gatte und die Brüder der Marquise machen nun bekannt, daß sie wegen Verläumdung klagen würden.

Parteiangelegenheiten.

Die Vertrauensmänner und Parteigenossen in der Provinz, welche wünschen, daß Reichstags-Abgeordnete bei ihnen Vorträge halten, werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie ihren Zweck eher erreichen, wenn sie mit ihren Wünschen sich direct an den betreffenden Abgeordneten wenden und den Umweg über das Parteibureau in der Katzbachstraße oder die Redaction des „Vorwärts“ vermeiden.

Häufig sind die von den Genossen gewünschten Abgeordneten gar nicht hier anwesend, die anwesenden Abgeordneten aber sind zu oft entweder für die betreffenden Tage schon versagt oder anderweit verhindert. Man vermeidet also also alle Weitläufigkeiten am besten, wenn die Einladungen direct an die betreffenden Abgeordneten gerichtet werden.

Briefe an einzelne Abgeordnete können, wenn dem Schreiber die Privatwohnung des Adressaten nicht bekannt ist, einfach nach dem Reichstag gesandt werden.

Arbeiterbewegung.

Aus Duisburg wird mitgetheilt, daß in der dortigen Bergschloß-Brauerei Lohndifferenzen mit den dort beschäftigten Brauern ausgebrochen sind.

Der Streik der Porzellanarbeiter in Annaburg dauert unverändert fort. Alle Hebel werden in Bewegung gesetzt, um Streikbrecher heranzuziehen. Dem Zusammenhalt der Streikenden ist es aber bis jetzt gelungen, jeden Zuzug fernzuhalten.

Auf der Glasfabrik Johannisberg bei Annen in Westfalen drohen Differenzen zwischen der Firma und den Arbeitern auszubrechen, weshalb die Arbeiter die Berufsangehörigen um Fernhalten des Zuzuges ersuchen.

Ein Streik der Bildhauer, Tischler und Tapezirer ist in der Möbelfabrik von Heinrich Bauer in Leipzig ausgebrochen. Es wurde von den Arbeitern verlangt, in den nächsten zwei Monaten 10 pCt. billiger zu arbeiten. — Die Steinbildhauer am Neubau der Petrikirche zu Frankfurt a. M. streiken ebenfalls wegen Lohndifferenzen.

Socialpolitisches.

Englische „Socialreform“. Der achtstündige Arbeitstag soll, wie aus London berichtet wird, in Zukunft in allen Departements eingeführt werden, nachdem das Kriegsministerium mit dieser Maßregel vorangegangen. Die Thronrede der Königin bei der nächsten Eröffnung des Parlaments wird wahrscheinlich diese Ankündigung enthalten. Das Ministerium will sogar noch weiter gehen. Bei allen Submissionen soll derjenigen Firma der Vorzug gegeben werden, welche ihren Arbeitern den achtstündigen Arbeitstag gewährt hat. — Und in den staatlichen Musterbetrieben Deutschlands — werden Arbeiter entlassen und den Verbleibenden die Arbeitszeit verlängert.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 16. Januar 1894.

Aus dem Stadtparlament.

In der gestrigen außerordentlichen Versammlung unserer Stadtväter wurde der größte Theil der Berathungen durch die vielbestrittene „Canalgebühr“ ausgefüllt. Der Oberbürgermeister warf sich nochmals mit voller Macht für die „Gebühr“ in's Zeug. Bemerkenswerth waren seine Sophismen, um zu zeigen, daß es sich keineswegs um eine „Steuer“, sondern nur um eine „Gebühr“ handle. Eine „Gebühr“ werde nur für einen „bestimmten“ Zeitraum erhoben, während eine „Steuer“ auf immer festgelegt sei. Schließlich wurde die Vorlage an eine besondere zwanziger Commission verwiesen. Näherer Bericht folgt.

Zur Canalgebühr.

Vom Stadtverordneten Dr. Neisser ist folgender Antrag eingegangen:

I. a) Die Gebühr wird nur von denjenigen Personen erhoben, welche nach den bestehenden Communalsteuer-Bestimmungen bereits jetzt städtische Abgaben entrichten, oder welche — obgleich zur Zeit durch Sonder-Privilegien von diesen Steuern befreit — ein entsprechendes Einkommen besitzen.

b) In allen Wohnungen bleibt ein Wohnraum unberechnet.

c) Die Gebühr wird auf fünf Mark für Zimmer und Jahr festgesetzt.

Legt man b und c der Berechnung zu Grunde und stellt die Magistratsvorlage den beantragten Modificationen gegenüber, so ergiebt sich:

	Magist.-Vorl.	mein Antrag.
für 1 Zimmer	4 Mark	frei
„ 2 „	8 „	5 Mark
„ 3 „	12 „	10 „
„ 4 „	16 „	15 „
„ 5 „	20 „	20 „
„ 6 „	24 „	25 „
„ 7 „	28 „	35 „

d) Für Räume, die ausschließlich für gewerbliche, geschäftliche Fabrikations- u. s. w. Zwecke gebraucht werden, sind besondere Bestimmungen zu treffen.

II. Eine gemischte Commission aus Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung zu wählen mit dem Auftrage, schon jetzt den Modus der Canalisationsgebühr, eventuell als Zuschlag zu der nach dem neuen Communalsteuergesetz festzusetzenden Grund- und Gebäudesteuer vorzuberathen und eine Vorlage vorzubereiten.

Vom Stadtverordneten Heilberg und Genossen ist folgender Antrag eingegangen:

Für den Fall der Annahme der Magistratsvorlage ein Ortsstatut zu erlassen, welches auch denen, die bisher steuerfrei, und deshalb nicht wahlberechtigt seien, mit der Pflicht der Entrichtung der Canalgebühr auch das communale Wahlrecht ertheile.

Wir kommen auf diese Sitzung des Näheren noch zurück.

Freie Arztwahl bei den Krankenkassen!

Zwei Jahre oder etwas darüber ist es her, daß in Berlin der erste Versuch mit der Einführung der freien Arztwahl bei den Krankenkassen gemacht wurde. Oeffentlich und in der Stille war lange Zeit dafür agitirt worden. Aber erst, nachdem es dem kleinen Aerzteverein, der die Sache in Fluß gebracht hatte, gelungen war, die Kassenmitglieder selbst lebhaft dafür zu interessiren, nachdem die Arbeiter selbst die Agitation in die Hand genommen hatten, gelang es, etwas zu erreichen, und den ersten praktischen Anfang zu machen. Und heute — gehören über 100 000 Kassenmitglieder dem Verbande derjenigen Kassen an, welche mit dem Vereine der freigewählten Kassenärzte im Vertragsverhältniß stehen.

Die Vortheile des neuen Systems springen auch zu deutlich in die Augen. Jeder Privatmann hat das Recht, sich, wenn er erkrankt, den Arzt seines Vertrauens zu wählen. Der Arbeiter, wenn er nicht umsonst in die Kasse zahlen will, ist gezwungen, zu einem bestimmten Arzte zu gehen, oder kann im günstigsten Falle unter ganz wenigen Aerzten wählen; ob er zu dem Arzte Vertrauen hat, danach wird nicht gefragt. Wohnt der Arzt eine halbe Stunde weiter, nun, so muß der Kranke eben eine halbe Stunde laufen oder schicken, und wenn ein halbes Dutzend Aerzte in demselben Hause wohnen. Und wenn in einer Familie, wie das oft genug vorkommt, 4 Mitglieder in 4 verschiedenen Kassen sind, so kommen 4 verschiedene Aerzte ins Haus! Das ist in Berlin jetzt anders. Ueber 1000 Aerzte, darunter eine große Zahl von Special-Aerzten, ungefähr 2/3 sämmtlicher Berliner Aerzte überhaupt, haben sich dem Verein der freigewählten Kassen-Aerzte angeschlossen. Jedes Kassenmitglied hat bei jeder Krankheit das Recht, sein bestes Gut, seine Gesundheit, einem jedem beliebigen unter diesen 1000 anzuvertrauen. Und die Berliner Arbeiterschaft ist mit dieser Einrichtung sehr wohl zufrieden.

Man hat gesagt, die neue Einrichtung koste die Kassen zu viel Geld, mehr als sie erschwingen könnten. Das ist unrichtig. Die freie Arztwahl kostet freilich etwas mehr, als das System der Zwangsärzte; aber der Unterschied ist gering. Das Gute ist eben immer theurer, als das Schlechte. Rechnen wir einmal nach! In Breslau wird für jedes Kassenmitglied jährlich durchschnittlich ungefähr 1,50 Mark an den Kassenarzt gezahlt. In Berlin bezahlt die Kasse für jedes Mitglied 3 Mark an den Verein der freigewählten Kassen-Aerzte und überläßt es diesen, das Honorar unter die Aerzte je nach der von den einzelnen geleisteten Arbeit zu vertheilen. Also 1.50 Mark, das sind 2 Pfennige pro Woche für den Arbeitnehmer und 1 Pfennig für den Arbeitgeber — das ist das ganze Mehr, um das es sich handelt. Für diese geringe Mehrleistung hat jedes Kassenmitglied das Recht, sich statt des Zwangs-Arztes den Arzt seines Vertrauens zu wählen.

Andere wesentliche Nachtheile, die man befürchtet hat, wie das Ueberhandnehmen der Simulanten unter den Arbeitern, und die dadurch bewirkte Schädigung der ehrlichen Kassenmitglieder durch die faulen, haben sich in Berlin nicht herausgestellt. Auch die Befürchtung, daß bei freier Arztwahl die Aerzte die Krankenscheine für längere Zeit, als nothwendig ausstellen würden, um dadurch bei den Mitgliedern beliebter zu werden, während die Zwangskassenärzte durch ihre Abhängigkeit von den Kassenvorständen gezwungen seien, die Krankheitsdauer nach Möglichkeit einzuschränken, ist nicht in Erfüllung gegangen. Ebenso ist das Verschreiben von sehr theuren Arzneien in Berlin vermieden worden. Die Kassen gedeihen dort weiter gut, und eine Kasse nach der anderen geht nun zu dem neuen System über.

Und wie sieht es in Breslau aus? Da rührt sich nichts!

Die Arbeiter sind durch Gesetz gezwungen, Beiträge an die Kassen zu bezahlen. Die Arbeiter sind aber nicht durch Gesetz gezwungen, sich einen Zwangskassen-Arzt halten zu lassen.

Die Arbeiter haben es völlig in der Hand, zu bestimmen, welches System sie vorziehen, ob sie auch weiterhin zu dem ihnen aufgezwungenen Arzte gehen wollen, oder ob es einem jeden freistehen soll, den Arzt seines Vertrauens zu wählen. Sie haben nur nöthig, in die Kassenvorstände Männer zu wählen, die die freie Arztwahl einführen wollen. Wenn die Arbeiter das einsehen, werden sie die freie Arztwahl in kürzester Zeit haben, sehen sie es nicht ein, so verdienen sie den Zwangsarzt.

[„Welches sind die geeignetsten Mittel,] um die ländlichen Arbeiter vom Zuge nach der Stadt zurückzuhalten?“ Für die beste Beantwortung dieser für die Strunk- und Rübenbarone offenbar hochwichtigen Frage hat die landwirthschaftliche Buchhandlung von Paul Parey, Berlin, Leipzigerstraße, eine Prämie von 300 Mark ausgesetzt. Da scheinen denn doch die von den Landwirthen bisher angewandten Mittel nicht mehr zu ziehen, und in der höchsten Noth gedenkt Herr Parey zu helfen, indem er 300 Mark riskirt. Bei uns könnte er es viel billiger haben, wenn er uns gefragt hätte. Wir wollen Herrn Parey daher aus der Verlegenheit helfen und ihm auf seine Frage die Antwort geben: „Gebt den ländlichen Arbeitern, was ihnen gebührt, das ist: besseren Lohn und laßt ihnen eine menschenwürdige Behandlung zu Theil werden! Dann sichert Ihr Euch dauernd tüchtige Arbeiter und spart Eure 300 Mark!“ — Ob den Herren dieser Rath wohl gut dünkt?

[Die „nothleidenden“ Landwirthe.] Hübsche Einzelheiten aus dem Stillleben des Bundes finden sich in dem „Niederschles. Anz.“. In Thamm, im Glogauer Kreise, so wird berichtet, ist der Bund der „Landwirthe“ vertreten durch ein einziges Mitglied, und dies Mitglied ist ein Schneider! Ebenso hat es der „Bund“ auch in Buchwald nur zu einem Mitgliede gebracht, trotzdem der frühere Administrator der Herrschaft Thamm-Buchwald, Herr Gersbach, seinen ganzen Einfluß für die Ausbreitung des „Bundes“ aufgeboten hatte. Dafür aber ereignen sich im Hirschberger Kreise ganz wundersame Dinge, an denen der „Bund“ vermuthlich sein Wohlgefallen haben dürfte. Wie dem „Boten a. d. R.“ aus Voigtsdorf gemeldet wird, legt sich dort sogar die hohe Geistlichkeit für den „Bund“ ins Zeug; in dem Orte soll heut vor acht Tagen ein Pastor einen Vortrag: „Ueber Zweck und Ziel des Bundes der Landwirthe“ gehalten haben. Der „Bote a. d. R.“ fügt dieser Nachricht die Bemerkung hinzu: „Wie die an uns gestellte Frage beantwortet werden muß, ob demnächst auch Mitglieder

ielung der größten Kartoffeln oder über andere wirthschaftliche Themata halten werden, wissen wir er nicht."

[Wie elend die Lage] der deutschen Chorsänger Sängerinnen ist, wird in einem Extrablatt der horverbands-Zeitung" in einem längeren Artikel hgewiesen. Es wird dort angeführt, daß an Winter-fon-Bühnen im Ganzen 1505 Chormitglieder engagirt , von denen an Sommer-Bühnen nur 438 eine An-lung erlangen, sodaß 1067 Mitglieder während des mmers ohne Engagement verblieben. (Das Jahr, welchem die Statistik aufgenommen wurde, ist aus n Artikel leider nicht ersichtlich, es dürften die Zahlen er wohl im Allgemeinen auf alle Jahrgänge zutreffend n.) Die an ganzjährigen Hof- und Stadttheatern gagirten 1070 Chormitglieder kommen hier nicht mit Betracht, wiewohl auch diese noch, wie in dem an-gezogenen Artikel gesagt wird, den im Sommer brach-genden Chorsängern Concurrenz machen, indem sie e oft 2—3 Monate dauernden Ferien ausnützen, gagements an Sommerbühnen zu nehmen. Der Ver-nst der Chorsänger an Wintertheatern wird mit 0 Mark im Höchstfalle angegeben, der der Sänge-nnen beläuft sich auf durchschnittlich 110 Mark pro onat. Im Durchschnitt währte die Spielzeit der intertheater $6^1/_2$ Monat, so daß die Chorsänger ein nkommen von 747 bis 780 Mark, die Damen im nstigsten Falle nur 710 Mark erlangten. Ein hier igefügter Brief, den die Redaction der „Chorverbands-eitung" von dem Mitglied einer Hofbühne erhalten, lehrt uns darüber, daß auch diese die Choristen herz-h schlecht bezahlen. Es war in jenem Schreiben ge-gt, daß die Intendanz einer deutschen Hofbühne auf n Gesuch hin geantwortet habe, eine „höhere Gage s 1080 Mark per Jahr" nicht zahlen zu können. — o also sind in der heutigen Gesellschaft diejenigen roletarier gestellt, die man nicht als Arbeiter, son-rn als „Künstler" bezeichnet und die in ihrer über-iegenden Mehrheit ihrer Proletarierschaft sich noch cht bewußt sind. Als besonders hart wird in dem rtikel auch empfunden, daß die Theaterdirectoren mer nur junge Kräfte suchten, daß die Anforde-ngen an die Stimme durch die meist schwache Be-tzung des Orchesters so große seien, daß nur zu bald r Moment eintrete, wo der Chorist als „verbraucht" llassen werde. Auch diese Kategorie von Ausge-euteten wird durch die Verhältnisse mit Naturnoth-endigkeit zu der Ueberzeugung gedrängt werden, daß e „oberen Zehntausend", deren „Kunstsinn" sie n Besonderen zu dienen haben, auch ihr nur das zum eben allernothdürftigste, ja selbst das nicht, gewährt.

[Die Vorschriften betreffend jugendliche rbeiter.] Die Vorschrift der Gewerbeordnung, daß gendlicher Arbeitern, die an Vor- und Nachmittagen nger als sechs Stunden beschäftigt werden, Vor- und achmittagspausen zu gewähren sind, wird nach einer ntscheidung des Handelsministers nicht dadurch um-ngen, daß die Beschäftigung unter Gewährung einer lbstündigen Mittagspause auf die Zeit von 8 Uhr orgens bis 4 Uhr Nachmittags eingeschränkt wird.

[Anstellung von Postassistenten] Wie die Pos. Ztg." erfährt, sollen diejenigen Postassistenten, elche bis einschließlich 6. April 1889 die Assistenten-rüfung bestanden haben, am 1. Februar etatsmäßig ngestellt werden.

[Zu der Neubezifferung der Breslauer traßen.] Seit Jahren schon ist die städtische Be-örde mit der Umgestaltung der alten Bezifferung der n den Straßen der Stadt gelegenen Grundstücke be-häftigt. Hierbei wird die Norm festgehalten, daß auf r einen Straßenseite die ungeraden, auf der anderen e geraden Ziffern fortlaufend angebracht werden und e veralteten Bezeichnungen früher zusammengehöriger, t getheilter und mit Buchstaben des Alphabets neben n betreffenden Ziffern wegfallen zu lassen. An einer eynliche Zahl von Straßen, zumeist solchen des teren Weichbildes ist diese zeitgemäße und sich als eckmäßig erweisende Neubezifferung durchgeführt. och entbehren manche Straßen, auf denen diese Durch-hrung recht erwünscht wäre, noch dieses Vorzugs, wie an sich schon beim Durchblättern des neuen Breslauer reßbuchs überzeugen kann; so zum Beispiel die iedrich-Wilhelmstraße und die Klosterstraße. An der teren sind schon bei Nr. 1 der Grundstückziffern nicht niger als sieben, mit 1 und den anschließenden Buch-ben a, b, c, d, e und f noch immer versehen, bei . 46 gehen die Zusatzbuchstaben sogar bis g, bei . 44 bis e. Wenn also ein Fremder auf der osterstraße die Nr. 2 gleich hinter Nr. 1, oder der teren gegenüber sucht, so muß er sich bald mit Zeit-rlust von seinem Irrthum überzeugen, denn Nr. 2 erst an der Große Feldstraße, also ein ganzes raßenviertel weiter, zu finden. Im Interesse der schnellen Orientirung für Hiesige und Fremde, sowie im Interesse der Vereinfachung der Numerirung wäre mithin eine vollständige Durchführung der Bezifferung nach der neuen Norm sehr erwünscht.

[Die Kasse der Steinmetzen.] Am 29. December vorigen Jahres brachte die „Breslauer Morgen-Zeitung" in ihrer Nummer 610 einen ihr aus betheiligten Kreisen zugegangenen Artikel, der die traurige Lage der Ortskasse der Steinmetzen schilderte. Ein Schreiben der Kasse an den Oberbürgermeister Bender behandelte ebenfalls die mißlichen Verhältnisse, in denen sich die Kasse befindet. Daraufhin ging an den Kassenvorstand ein Antwortschreiben seitens des Oberbürgermeisters ein, welches folgenden Wortlaut hat:

Das Schreiben des Vorstandes vom 30. Decbr. vorigen Jahres — hier eingegangen am 2. Januar 1894 — hat mir Anlaß gegeben, die Verhältnisse der Kasse und die Gründe, aus welchen die zeitigen Verlegenheiten der Kasse entstanden sind, vor der Hand die Acten persönlich zu prüfen. Nach dem Resultat dieser Prüfung kann ich mich nicht entschließen, der Kasse dem Antrag des Vorstandes entsprechend, einen Vorschuß von dreihundert Mark zur Deckung ihrer Verpflichtungen zu überweisen. Die Acten ergaben, daß die General-Versammlung der Kasse trotz Aufforderung der Aufsichtsbehörde und wie ich gern anerkenne, trotz Befürwortung auch seitens des Herrn Kassenvorsitzenden, es abgelehnt hat, die über das gesetzliche Maß hinaus festgesetzten Kassenleistungen entweder herabzusetzen, oder ihnen entsprechend die Beiträge der Mitglieder zu erhöhen. Diese ablehnende Haltung der General-Versammlung hat den gegenwärtigen bedauernswerthen Zustand der Kasse recht eigentlich herbeigeführt und daß — trotz aller Einwirkungen der Aufsichtsbehörde — jene Stellung nicht aufgegeben worden ist, muß um so mehr befremden, als von Mitgliedern der so beschließenden Mehrheit in den schließlichen General-Versammlung vom 27. December vorigen Jahres ihre Abstimmung ausdrücklich damit begründet worden ist: „Sie wollten durch ihr Verhalten der Mitglieder nur den Beitritt in eine freie Hilfskasse empfehlen." — Es gewinnt den Anschein, daß der ablehnende Beschluß mindestens von einem Theile der betreffenden Mitglieder gewissermaßen gegen das Interesse der Kasse — zur Förderung anderer, freier Kassenorganisationen — gefaßt worden ist. So wenig nun aber die städtischen Behörden geneigt sind, den freien Hilfskassen irgendwelche Schwierigkeiten in den Weg zu legen, und so bereitwillig man vielmehr die wohlthätige Wirkung auch dieser freien Kassen anerkennen mag, so scharf und entschieden muß doch von seiten der Aufsichtsbehörde jedem Hineintragen fremder Kassen-interessen in die Leitung der ꝛc. Kasse entgegengetreten werden. Die in Folge jener Beschlüsse unvermeidlich eingetretene Zahlungsunfähigkeit durch städtische Vorschüsse zu beseitigen, hieße geradezu, jenes Vorgehen von Aufsichtswegen billigen und ein gleiches Vorgehen bei anderen Kassen erleichtern und prämiiren. Als Vertreter der Aufsichtsbehörde muß ich dies ablehnen, Nachdem durch Verfügung vom 4. Januar der Herr Regierungspräsident auf Antrag des Magistrats die von der Generalversammlung der Kasse abgelehnten, durch die Nothwendigkeit gebotenen Maßregeln zur Wiederherstellung der Zahlungsfähigkeit der Kasse von Aufsichtswegen angeordnet hat, steht überdies mit Sicherheit zu erwarten, daß die augenblicklichen Uebelstände bald verschwinden werden.

[Gefrorene Fensterscheiben] lassen sich sofort vom Eis befreien, wenn man ungefähr eine Hand voll fein zerstoßenes Kochsalz in $^1/_2$ Liter warmen Wassers löst und mit dieser Flüssigkeit dann die gefrorenen Scheiben mittels eines großen Borstenpinsels bestreicht. Das Eis verschwindet sofort. Bei sehr starkem Froste ist es nöthig, die Fenster nach erfolgtem Abthauen gehörig abzutrocknen.

[Ueber die Tragfähigkeit des Eises] haben eingehende Untersuchungen Folgendes ergeben: Wenn das Eis eine Stärke von 4 Centimeter besitzt, so trägt es das Gewicht eines einzelnen Mannes von mittlerer Schwere. Bei 8 Centimeter ist es tragfähig für Infanterie in Reih und Glied, bei 11 bis 16 Centimeter für Cavallerie und leichte Geschütze. Bei vierzig Centimeter und darüber hinaus widersteht das Eis dem Drucke der schwersten Lasten.

[Alarmirung der Feuerwehr.] Am 14. d. M., Nachmittags 4 Uhr 58 Minuten, wurde die Feuerwehr nach der Rosenthalerstraße 4b, gerufen, wo im ersten Stock des Vordergebäudes in einer Wohnstube ein Christbaum, zwei Gardinen, ein Sessel, zwei Stühle ꝛc. beim Anzünden des Christbaumes in Brand gerathen, aber bereits vor der Ankunft der Feuerwehr gelöscht worden waren. — Am 15. d. Mts., Vormittags 8 Uhr 55 Min., wurde die Feuerwehr in der Elbingstraße nach Waterloostraße 8 gerufen, wo durch Herausfallen von Kohlen aus einem Ofen eine Portière und ein vollständiges Kinderbett in Brand gerathen war. Hierbei erlitt ein 5 Wochen altes Kind des Wohnungsinhabers Brandwunden am Körper; dasselbe wurde durch einen Arzt verbunden und mittelst Krankentransportwagens nach dem Allerheiligen Hospital geschafft.

[Polizeiliche Nachrichten.] Gefunden: ein Quittungsbuch mit einem Pfandschein, ein Federfächer und ein Opernglas. — Verloren: ein Portemonnaie mit 53,50 Mk. Inhalt. — Gestohlen: am 14. d. M., einem an der Sandkirche wohnenden Milchhändler eine Kanne mit Milch; einem auf der Schießwerderstraße wohnenden Korbmacher drei Waschfässer. — Verhaftet wurden am 13. und 14. ds. Mts: 150 Personen.

[Stadt-Theater.] Die heutige Aufführung von Bellinis Oper „Norma" ist, wie wir bereits berichteten, mit den Damen Mielke und Kaschowska und den Herren Walther und Lemhler in den Hauptpartien besetzt. — Morgen, Mittwoch findet die erste Wiederholung von „Freund Fritz", von Mascagni, und von „Mara", Oper von Ferdinand Hummel, statt. — Für Lessings Geburtstag (22. d. Mts.) wird „Emilia Galotti" vorbereitet.

[Vom Lobe-Theater.] Die erste Aufführung des Lustspiels „Der Senator" ist nunmehr auf Sonnabend festgesetzt worden. Bis dahin gelangt die die Doppelvorstellung „Die Dragoner" und „Charleys Tante", welche wegen des Reisenhofer'schen Gastspiels vom Repertoire abgesetzt wurde, wieder zur Aufführung. Wir erinnern, daß der Beginn dieser Vorstellung bereits um 7 Uhr erfolgt.

Stadt-Theater.

„Die kluge Käthe", Lustspiel in 4 Acten von Hans Olden.

Daß unsere alten Dichter und Autoren heute noch die größten Erfolge erzielen, ist dem zuzuschreiben, daß sie ihre Zeit verstanden, ja derselben vorauseilten. Die Dichter und besonders die Bühnen-Autoren von heute, die modernen Schriftsteller auf socialpolitischem Gebiet, bilden so recht den „geistigen Herbann" der Bourgeoisie, welche selbst geistlos, dem blödsinnigen Producte eines politischen Gigerls zujubelt. Was für Blech bei Behandlung socialer Themas zu Tage gefördert wird, hat Hartleben in seiner „Hanna Jageri" bewiesen, ein Rivale erwächst ihm in Hans Olden, der das Lustspiel „Die kluge Käthe" verbrochen. Wir wollen Herrn Olden gern das Zeugniß ausstellen, daß er sicher ein Philosoph geblieben wäre, wenn er nicht über die Socialdemokratie philosophirt hätte. Es giebt genug Leute, die mit ihren beschränkten Begriffen das Problem der Befreiung der Menschheit nicht verstehen und das dümmste Zeug darüber schwatzen; daß Hans Olden unter dieselben geht, ist eigentlich schade. Doch nun zur Belustigung unserer Leser zur Erklärung der Handlung: Der Chocoladenfabrikant Bornemann, wohnhaft in Neustadt, mit begrenzten Ansichten und guten Aussichten, hält sich für einen Politiker ersten Ranges; um ganz sich dieser Lebensaufgabe zu widmen, will er die Fabrik seinem Sohne Otto übergeben, der seine Cousine Käthe heirathen soll, eine junge Dame, deren Bekanntschaft wir zur Genüge machen werden. Schon im ersten Act tritt der erhabene Moment ein, wo der achtzehnjährige Wildfang aus der Pension im Kreise der Ihrigen, bestehend aus Herrn Bornemann, seiner Stiefschwester, ihrer Mutter, und dem etwas simplen Otto, ankommt. Sie hat viel gelesen und gelernt und weiß durch ihr geistreiches Geplauder, vor Allem aber durch ihre Weltanschauung die guten Spießbürger in Erstaunen zu setzen. Der Mama giebt sie Bebels „Frau" zu lesen, den Onkel füttert sie mit Schriften Engels, Marx und Lassalle's, um daraus Stoff zu schöpfen für eine Rede, die Herr Bornemann aus Anlaß der Sedanfeier im vaterländischen Verein halten soll. Cousin Otto aber, der bekanntlich ihr Gatte werden soll, schickt sie in Vereine und gesellige Vergnügen, damit er „austobe", ehe er sie heirathe. Aber noch andere Ideen gehen im Kopfe der klugen Käthe um, sie will nämlich ihre Mama verheirathen und zwar an einen sich bei der Familie aufhaltenden Doctor Franz. Der gute Doctor, der aber die Tochter statt die Mutter liebt, kommt hinter die Intriguen seiner „stillen Liebe" und sagt ihr nun recht hübsche „Zärtlichkeiten", so z. B.: sie solle lieber ihre Nase in ein Kochbuch, denn in gelehrte Werke stecken, für Weiber passe dergleichen nicht u. s. w. Kurz und gut, es soll bewiesen werden, daß die Frauenemancipation unschön, überschnappt und nur der spießbürgerliche Beruf des Weibes der richtige sei. Käthe hat sich die Worte des Herrn Professors, zu Herzen genommen, will nun fleißig in Haus und Küche mithelfen, stellt sich aber sehr täppisch dazu; sie zerschlägt Gläser, kocht elenden Kaffee, stellt sich zu allen Verrichtungen furchtbar dumm und weint über die geringste Kleinigkeit. Ach, die Ueberzeugung hat sich ihr aufgedrungen, daß sie den „geistreichen" Doctor liebt, und um ihn zu meiden, will sie in die Pension zurückkehren. Schon sind die Koffer gepackt, da kommt es zu einer Erklärung zwischen ihr und ihm; glückselig fallen sie sich in die Arme und jubelnd citirt sie sein Lieblingslied: „Gedulde Dich fein, gedulde Dich fein, über ein Stündelein ist Deine Kammer voll Sonne!"

Der Autor verwickelt sich durch diese Handlung in greifbare Widersprüche. Erst läßt er die kluge Käthe als ein geistvolles und übermüthiges Mädchen erscheinen, die, wenn auch vielleicht nicht Alles das, was sie gelesen, vom richtigen Standpunkte auffassend, doch immerhin als ein geweckter Kopf gelten kann. Die Belehrung, die sie ihrem Onkel z. B. über die Bedeutung des Sedantages zu Theil

werden läßt, indem sie denselben als einen Gedenktag des Menschen-Massenmordes ansieht, ist nicht so übel. Doch der Blödsinn läßt nicht lange auf sich warten, er fängt mit der Idee an, daß sich die kluge Käthe die Aufgabe stellt, ihre Mutter zu bemuttern, d. h. dafür zu sorgen, daß dieselbe noch einmal unter die Haube kommt. Welches junge Mädchen wird in der Wirklichkeit solchen Schrullen nachgehen, denn wer das weibliche Geschlecht nur einigermaßen kennt, weiß, daß in diesem Punkte jedes Weib egoistisch ist, trotz aller Emancipation. Am unerklärlichsten ist aber, wie Käthe, nachdem sie den albernen Rüffel von dem „Herrn Doctor" erhalten, sich so kindisch gebähren kann. Die Rolle, die sie dann spielt, ist geradezu eine Karrikatur auf den Charakter eines Weibes, welches all das weibliche, das sonst den Evastöchtern in diesen Gesellschaftssphären eigen ist, abgestreift hat. Sie ist ganz in Weltschmerz aufgelöst, weint ihrem Onkel, ihrem Manne, selbst Otto etwas vor, kurz, sie hat ihre Grundsätze vergessen und ist förmlich zu einem anderen Menschen geworden. Warum? Das haben wir uns vergeblich gefragt. Der ganze Sinn soll nur der sein: Ein von der Lehre der Socialdemokratie angehauchtes Mädchen kommt binnen kurzer Zeit, und zwar durch die Liebe, zu der Einsicht, daß Frauen-Emancipation ein Unsinn ist, ihr Ideal, ein superkluger Doctor, welcher sie von dem Wahne, in dem sie bis jetzt befangen war, kurirt und in die alte schöne Bahn spießbürgerlicher Ansicht über die Aufgaben der Frau zurückkehren läßt. Eins söhnt uns mit dem Autor einigermaßen aus, das ist die Zeichnung der Personen. Herr Bornemann nebst seiner Stiefschwester und Sohn sind schrecklich beschränkt, dem großen Politiker fehlt jedwede politische Bildung, von seinem Stammhalter zu reden, erübrigt sich erst recht. Der Autor hat Recht; so sieht es in den meisten Bourgeoisiefamilien aus und auch bei Denen, die sich berufen fühlen, die socialdemokratische Lehre in's Lächerliche zu ziehen.

Gespielt wurde sehr gut, so undankbar auch die Aufgabe war. Frl. Lux als Käthe verfügte ganz über das Temperament einer übermüthigen, wie auch sentimalen Liebhaberin, ebenso verstanden die Damen Scheller und Tschentscher, dem Ganzen den richtigen Anstrich zu geben. Die Herren Will, Saar und Weiß waren in ihren Leistungen vortrefflich, desgleichen gebührt Herrn Oberregisseur Adler volles Lob. Herr Olden, der anwesend sein sollte, bekamen wir nicht zu Gesicht.

—8—

Vereine u. Versammlungen.

Große Volksversammlung.

Am Sonntag, den 14. Januar, fand im großen Saale der „Concordia" eine äußerst zahlreich besuchte Volksversammlung statt, auf deren Tagesordnung: „die Stadtverordneten-Wahlen und die Gewährung des Bürger- und Wahlrechts an alle Steuerzahler" stand. Als Referent war Genosse und Reichstagsabgeordneter für Breslau-Ost, Franz Tutzauer, erschienen, dessen fast zweistündige Ausführungen wir im Anschluß an unseren gestrigen kurzen Bericht wiedergeben wollen.

Seitdem die socialdemokratische Partei Deutschlands in den letzten Jahren so bedeutende Erfolge erzielte, wodurch sie zur stärksten Partei Deutschlands überhaupt geworden, hat sie sich auch weitergehende Aufgaben gestellt, als in früheren Jahren. Früher war für uns von allen öffentlichen Angelegenheiten eigentlich nur die Reichstagswahl diejenige, um welche wir uns bekümmerten; seit einer Reihe von Jahren, in welchen das Wachsthum unserer Partei ein stetiges ist, haben wir uns auch der Agitation zur Betheiligung an den Stadtverordnetenwahlen bemächtigt. So bestimmte einer der letzten Parteitage, daß wir, wo Aussicht auf Erfolg vorhanden, uns an den Stadtverordnetenwahlen betheiligen sollen; eine Reihe von Städten haben dann diesen Beschluß zur Ausführung gebracht und wir haben erlebt, daß in einer Reihe großer und kleinerer Städte socialdemokratische Vertreter in die Stadtverordneten-Versammlungen einzogen. In Berlin z. B. sind dort jetzt 17 Socialdemokraten, nachdem man 1883 den Anfang mit fünf gemacht hatte. Jeder Genosse, dem das Gedeihen der Partei am Herzen liegt, wird auch diese Erfolge begrüßen. Hier in Breslau wurde ein erster Versuch nach dieser Richtung noch nicht gemacht; der vom Jahre 1892 war lediglich dazu unternommen, Fühlung mit den Wählern zu suchen, in der Erkenntniß, daß es nicht möglich ist, Stadtverordnete unserer Gesinnung zu bekommen. Warum es nicht möglich war, wird uns dem Weiteren klar.

Das erste, was wir im politischen Leben fordern, ist das allgemeine, gleiche und directe Wahlrecht, nicht nur bei den Reichstagswahlen, sondern für alle Wahlen im Staat, Kreis und der Gemeinde. Auch bei den Stadtverordnetenwahlen wollen wir, daß jeder Straßenkehrer so gut wie jeder reiche Mann sein Recht ausüben kann; wir verlangen das Wahlrecht vom 20. Lebensjahre für alle Bürger, auch für die Frauen. Diese Forderungen allerdings können wir nicht an die Stadtverordneten-Versammlung richten, sie hängen vielmehr von einer Aenderung der Gesetzgebung ab, welche nur durch Beschluß des preußischen Landtages vor sich gehen kann; darauf aber ist noch weniger zu rechnen, bei seiner bekannten Zusammensetzung. Die Breslauer Socialdemokraten haben aber einmal den ersten Versuch gemacht, sich auch für die communalen Angelegenheiten zu interessiren und wollen in Zukunft energischer darauf hinarbeiten, um Sitze im Stadtparlament zu erobern. Nun sind die gesetzlichen Bestimmungen derart beschränkt, daß vorerst die Möglichkeit ausgeschlossen ist, die Mehrheit auf einen unserer Candidaten zu vereinigen. Wir haben da drei Wählerklassen, von denen jede ein Drittel der Stadtverordneten wählt. Die erste, in der sich die Reichen der Stadt befinden, ist gering an Zahl der Wähler gegenüber der zweiten, bedeutend geringer aber gegenüber der dritten Klasse, die in Bezug auf die Zahl der Wähler beide ersten ganz enorm übersteigt, trotzdem aber nur ein Drittel der Stadtverordneten zu wählen hat. Der Zweck unserer heutigen Versammlung soll sein, daß eine Ausdehnung des Communalwahlrechts herbeigeführt werde, soweit es die gesetzlichen Bestimmungen ermöglichen. Da ist denn eine Bestimmung, welche den Gemeindebehörden das Recht giebt, eine Erweiterung des Wahlrechts zu geben; der § 70 des Einkommensteuergesetzes, soweit er auf die östlichen Provinzen Bezug hat, bestimmt in einem Absatz, daß überall da, wo bisher ein jährlicher Klassensteuersatz von 6 Mark Voraussetzung zur Gewährung des Communalwahlrechts war, nunmehr ein Steuersatz von nur 4 Mark zur Ertheilung desselben den Gemeinden Berechtigung giebt. Ein Beschluß der Stadtverordnetenversammlung liegt allerdings vor, nach welchem am alten Satz von 900 Mark festgehalten worden, thatsächlich genügt aber ein geringeres Einkommen, das von 660 Mark, um das Wahlrecht zu fordern. Der Magistrat muß darum aufgefordert werden, in dieser Hinsicht seine alte Stellung aufzugeben und den Steuersatz, von welchem das Communalwahlrecht abhängig ist, herabsetzen.

Wenn wir Socialdemokraten im Allgemeinen in die Agitation für das Communalwahlrecht eingetreten sind, hat man uns oft den Vorwurf gemacht, wir wollen die Politik in die Gemeindevertretung tragen, während nach den Bestimmungen der Städteordnung die Politik in den Gemeinden nichts zu thun hat. Das ist richtig, aber in Wirklichkeit sieht man, wie bei der Auswahl der Stadtverordneten stets politische Rücksichten leitend sind; woher ist es denn gekommen, daß Berlin meist freisinnige Stadtverordnete zählt und Breslau ebenso. Die Stadtverordneten-Versammlung soll die Interessen der gesammten Bürgerschaft vertreten; nun wir sehen, daß eine wirkliche Vertretung heut nicht stattfindet, trotzdem die größte Zahl der Einwohner Breslaus aus kleineren Leuten, Arbeitern, Handwerkern, Händlern, Geschäftsleuten u. s. w. besteht. Eine kleine Menge hat das Heft in Händen, wir verlangen aber, daß auch die große Masse eine Vertretung haben soll. Das Gemeindewahlrecht enthält selbst, wenn der Steuersatz von 4 Mark angenommen wird, immer noch Beschränkungen, die den Besitzenden zu Gute kommen und ferner müsse ja auch die Hälfte der Stadtverordneten aus Hausbesitzern bestehen. Selbst wenn wir also in die Möglichkeit versetzt werden, daß uns ein Drittel der Sitze zufällt, vorausgesetzt daß es gelingt, Hausbesitzer unter den hiesigen Socialdemokraten zu finden, wäre für jene keine Gefahr vorhanden. Sie wissen aber, daß diese hier noch sehr dünn gesäet sind. (Beifall.) In Berlin beschränkt man sich nicht und braucht man sich nicht lediglich auf Arbeiter zu beschränken; wir sind da schon in andere Kreise gedrungen und können auch Hausbesitzer zu Stadtverordneten wählen. Einen Vortheil enthält das jetzt bestehende Gesetz vom Jahre 1853, indem es das Alter des Wählenden und das, der da gewählt werden kann, auf das 24. Lebensjahr festsetzt; er muß ferner ein Jahr am Orte wohnen und Preuße sein. Man hat also damals im Jahre 1853, als die Städteordnung erlassen wurde, ein Lebensalter von 24 Jahren verlangt, um bei Gemeinde-Angelegenheiten mit rathen und thaten zu können, bei dem neuesten Wahlgesetz für die Gewerbegerichte hat man ja bekanntlich ein weit höheres Lebensalter, das von 30 Jahren, bestimmt. Früher war freilich ein Jeder mit 24 Jahren großjährig und man sagte sich damals, daraufhin kann sich auch Jeder an den Wahlen betheiligen; consequenter Weise hätte man auch, nachdem die Großjährigkeit mit 21 Jahren beginnt, die Städteordnung abändern müsse, und die Ausübung des Communalwahlrechts mit dem 21. Jahr eintreten lassen sollen.

Im Weiteren kommt Redner auf die Zahl der Wahlberechtigten und die Betheiligung der drei Klassen zu sprechen. Im Jahre 1888 waren in der 1. Wählerklasse 613 Wahlberechtigte, von diesen haben sich an der Wahl 394 betheiligt, mithin 64,3%; in der 2. Abtheilung zählten die Wahlberechtigten 3203 und die sich an der Wahl Betheiligenden 2178, also 68%; die 3. Abtheilung bestand aus 11 086 Wahlberechtigten, von denen gingen zur Wahl 5192 oder 46,8%. Man sieht daraus, daß es die besitzenden Klassen hier verstehen, ihre Rechte weit besser zu vertreten und auszuüben. Das liegt ja nun wohl darin, daß die hiesige socialdemokratische Partei sich bis dahin an den Wahlen nicht betheiligte; wenn wir hier eine energische Agitation entfalteten, dann würde die Zahl der Wähler bedeutend mehr als 46% betragen. Das haben wir in Berlin erlebt, wo manchmal in der 3. Abtheilung nur 8% gewählt haben; seitdem wir Vertreter haben, ist der Procentsatz bedeutend gestiegen und das wird auch hier eintreten, sobald endlich der Beschluß gefaßt und verwirklicht wird, in die Betheiligung an der Stadtverordnetenwahl energisch einzutreten. Nicht vereinzelt sind die Stimmen abzugeben, sondern wenn der Wahlsieg errungen werden soll, muß eine [illegible] Agitation entfaltet werden, deren Zweck ist, Sitze im Rathhause zu erobern. Wie gering die Zahl der Wähler im Verhältniß zu den Steuerzahlern ist, zeigen folgende Zahlen. Im Jahre 1888 betrugen die Wähler der drei Abtheilungen [illegible], während wir über 80 000 Steuerzahler haben; wir ersehen daraus, wie viele von ihrem Rechte ausgeschlossen sind, die auf Grund der erbärmlichen Verhältnisse, in denen sie sich hier befinden, sich nicht an den Communalwahlen betheiligen können. Wir stellen nun eigene Candidaten auf, damit die Interessen der arbeitenden Bevölkerung besser vertreten werden. Bei den Wahlen, das ist wie bei allen anderen, kommen die [illegible], und [illegible], um die Gunst zu erhalten, vergessen aber dann die Wähler, und handeln nach ihrem [illegible] und zeigen damit, daß die Stadtverordneten-Versammlung [illegible] als eine Klassenvertretung ist.

(Schluß folgt.)

[illegible]-Versammlung. Im Locale von Rhode, kleine Groschengasse, tagte am 12. d. Mts., Abends [illegible] Uhr, eine [illegible] zahlreich besuchte Versammlung, in welcher Genosse [illegible] über „Die Bedeutung der Gewerbegerichte und der gewerkschaftlichen Organisation" referirte. Die Versammelten erklärten sich mit seinen Ausführungen in jeder Hinsicht einverstanden und versprachen, am 14. Februar nur für die von der organisirten Arbeiterschaft aufgestellten Candidaten zu stimmen. Als Delegirten in das hiesige Gewerkschaftskartell wählte die Versammlung die Collegen Schön und Schäfer. Nachdem Referent im Schlußwort noch das [illegible] über das Verfahren vor den Gewerbegerichten gesprochen, wurde gegen 11 Uhr die Versammlung geschlossen.

—dt.

Gerichtliches.

Eine Stephan-Beleidigung. Herr v. Stephan hat sich durch einen Artikel der „Neunkircher Volkszeitung", worin das bekannte social-politische Wirken der Reichs-Postverwaltung während der Cholera-Epidemie in Hamburg kritisirt wurde, beleidigt gefühlt. Ferner sollte in der Kritik eine Beleidigung der Beamten der Ober-Postdirection in Hamburg enthalten sein. Der verantwortliche Redacteur der genannten Zeitung stand dieserhalb vor einiger Zeit vor der Strafkammer in Saarbrücken, wurde aber freigesprochen. Das Reichsgericht hob das Urtheil auf und wies die Sache zu abermaliger Verhandlung an die Strafkammer in Saarbrücken zurück. In der Sitzung vom 10. d. Mts. beantragte der Staatsanwalt eine Geldstrafe von 300 Mk. bezw. dreißig Tagen Haft. Der Gerichtshof erkannte jedoch wiederum auf Freisprechung. In der Urtheilsbegründung wurde betont, daß jeder, welcher ein öffentliches Amt bekleide, eine Kritik, wie der fragliche Artikel sie enthalte, sich gefallen lassen müsse. Sehr richtig!

Schlesien.

Waldenburg. Standesamtliche Nachrichten. Im Jahre 1893 wurden in der Stadt Waldenburg 5[illegible] Kinder lebend geboren und zwar männliche 280, weibliche 248; eheliche 480, uneheliche 48. Todtgeburten erfolgten [illegible] männliche 9, weibliche 8; eheliche 14, uneheliche 3. Es wurden geboren im Januar 49, Februar 41, März 41, April [illegible] Mai 36, Juni 45, Juli 48, August 52, September 47, October 43, November 56, December 53. Gestorben sind 4[illegible] Personen; 256 männliche, 196 weibliche, darunter Kinder bis zu einem Jahr 167 eheliche und 24 uneheliche. Es starben im Januar 33, Februar 29, März 39, April 48, Mai [illegible] Juni 30, Juli 30, August 42, September 43, October 4[illegible] November 36, December 43. Eheschließungen fanden im Jahre 1893 128 statt.

Reichstagswahl für Neustadt O.-S. Nach dem amtlichen Wahlresultat haben bei der am 11. d. Mts. [illegible] Neustadt O.-S. vorgenommenen Reichstagsersatzwahl erhalten: Rittergutsbesitzer Hans Deloch (Centr.) 3896, Bauergutsbesitzer Strzoda (Pole) 3419, Tischler Stolpe (Soc.-Dem.) 619, Gymnasial-Professor Ondrusch 81, Virchow (Frs. Vp.) 57 Stimmen. Es muß somit, wie bereits als wahrscheinlich bezeichnet wurde, eine Stichwahl zwischen Deloch und Strzoda stattfinden.

Gleiwitz. Scheintodt. Vor den Feiertagen starb [illegible] Schönwald ein Bauerauszügler. Die Angehörigen wuschen die Leiche, zogen ihr ein Sterbekleid an und legten sie in eine ungeheizte Nebenstube. Als der Tischler den Sarg brachte, wurde die Leiche sofort eingesargt, da das Leichenbegängniß schon bestellt war. Kaum hatte man aber den Todten in den Sarg gelegt, so richtete sich derselbe von selbst zum nicht geringen Schrecken seiner Angehörigen im Sarge auf und verlangte, wieder ins Bett gebracht zu werden, da ihm sehr kalt sei. Der Scheintodte lebte noch 5 volle Tage und ist hierauf in der That gestorben.

Deutscher Reichstag.

Original-Berichte der „Volkswacht".

27. Sitzung.

Montag, den 15 Januar. — 1 Uhr.

Die allgemeinen Rechnungen der Jahre 1884 bis 1890 werden nach kurzer Debatte der Rechnungs-Commission zugewiesen.

Alsdann wird die erste Berathung der Tabaksteuer-Vorlage fortgesetzt.

Abg. Molkenbuhr (Soc.) spricht sich gegen die Vorlage aus. Herr v. Stumm habe gesagt, wenn auch wirklich Arbeiter durch dieses Fabrikatsteuergesetz brodlos würden, [illegible] stehe dem doch gegenüber, daß durch die Militärvorlage [illegible] und so viel Arbeitern vermehrte Beschäftigung gegeben [illegible] In Wirklichkeit ist das, so fährt Redner fort, keineswegs der Fall. Würde aber wirklich die Militär-Vorlage mehr Beschäftigung gebracht haben, so würde dieses Argument ebenso viel besagen, als wollte man sich darüber freuen, daß etwa ein Brandunglück den Leuten vermehrte Beschäftigung gebe. Die Regierung meint, die Mehrbelastung aus diesem Gesetz könne sehr leicht getragen werden, wenn man bedenkt, daß die Ausgaben der Arbeitgeber auf Grund der Arbeiter-Versicherungs-Gesetze, schon bis jetzt 147 Millionen betragen hätten. Ja, der Herr Schatzsecretär weiß wohl nicht, wieviel hiervon seitens der Arbeitgeber auf die Arbeiter abgewälzt worden ist. Die ersten Rentenempfänger sind bekanntlich in den kaiserlichen Werften gewesen, und gerade diesen sind ihre Löhne um die betreffenden Rentenabzüge gekürzt worden. Der Herr Staatssecretär bestreitet die Abnahme des Tabakconsums seit 1879. Aber seine Berechnungen des Konsumverbrauchs sind falsch. In Hirth's Annalen wird die Verbrauchs-Abnahme nachgewiesen. Die officiöse „Nordd. Allg. Zeitung" hat sich freilich auf einen Artikel in der „Neuen Zeit" berufen, in welcher ebenfalls die Consumabnahme bestritten wird. Aber der Verfasser dieses Artikels kennt die Verhältnisse in der Cigarrenindustrie gar nicht; überdies kommt er zu dem Schlusse, die Vorlage müsse verworfen werden, weil sie die Arbeiter zu stark belaste. Endlich aber ist der Verfasser ein Ausländer, der im Vorjahre aus Preußen ausgewiesen worden ist! Sie haben auf die hohe Belastung des Tabaks in Frankreich, Oesterreich-Ungarn, Italien hingewiesen. Aber dort ist auch die private Tabakindustrie vernichtet worden, und in allen jenen Ländern zusammen sind nicht halb so viel Arbeiter in der Tabakindustrie beschäftigt als in Deutschland! Die Behauptung, daß die Arbeiter von den Arbeitgebern zu der Agitation gegen dieses Gesetz aufgehetzt worden sind, ist eine falsche. Das Verhältniß zwischen Arbeitern und Arbeitgebern ist in dieser Branche kein freundliches, seitdem die Fabrikanten Schritte gegen die Organisation der Tabak-Arbeiter gethan haben. Könnten die Fabrikanten allein durch dieses Gesetz getroffen werden, so würden [illegible]

Arbeiter sich wahrscheinlich aus einem gewissen Rachegefühl darüber nur freuen. So aber haben die Tabakarbeiter die berechtigte Empfindung, daß sie selber durch dieses Gesetz am meisten zu leiden haben würden. Der Lohndruck, den wir von dieser Vorlage befürchten, ist ja auch schon nach der 1879er Steuererhöhung eingetreten. Die Jagd der Fabrikanten nach billigen Arbeitslöhnen hat sich damals schon gezeigt. In Hamburg und Bremen haben damals Verlegungen der Fabriken stattgefunden. Die mir vorliegenden Lohntabellen aus jener Zeit zeigen, daß den Arbeitern nicht nur die Zollerhöhung von den Löhnen abgezogen wurde, sondern daß die Löhne noch darüber hinaus herabgesetzt wurden. (Redner giebt Auszüge aus den Lohnlisten.) Schon jetzt kommt es vor, daß an freie Arbeiter niedrigere Löhne gezahlt werden, als an die Tabakarbeiter in Strafanstalten. Daß ein Consum-Rückgang statthaben würde, ist zweifellos. Wer bisher für 20 Pf. 6 Cigarren bekam, wird künftig nicht sechs Cigarren fordern, sondern er wird Cigarren für 20 Pf. fordern, und er wird dann, wenn er nur noch 4 statt 6 erhält, auch mit diesen 4 vorlieb nehmen. Die Arbeiterentlassung und die Lohndruckerei in dieser Branche wird dann auch naturgemäß auf die anderen Branchen und deren Löhne zurückwirken. Außerordentlich erschwerend sind die Controlbestimmungen für den kleinsten Cigarrenfabrikanten, dessen Buchführung eine ganz primitive ist und dessen Geschäftsbetrieb nicht selten darin besteht, daß er seine fertigen Cigarren selber anbieten geht und nicht einmal immer dafür bekommt, worauf er rechnete. Ist ein Kunde selbst ein Raucher, so stellt er andere Preise für dieselbe Waare, als wenn er sie an einen Gastwirth absetzt. Sehr stark würde ein erheblicher Rückgang der Cigarrenfabrikation auf die Hilfsgewerbe, Bandfabrikation, Steindruckerei 2c. zurückwirken. Wenn Sie auch noch so schlecht rechnen, machen Sie mit diesem Gesetze doch mindestens 20—30 000 Cigarrenarbeiter brotlos. Ein Gesetz zu machen, durch das Sie auch nur zehn Millionären ihre Existenz nähmen, würden Sie sich wohl hüten! Aber 20 000 Cigarrenarbeiter brotlos zu machen, nehmen Sie nicht Anstand! Das thun Sie ohne Entschädigung! Den Brennern haben Sie Entschädigung gegeben, und als Sie das Zuckersteuer-Gesetz änderten, wo es sich doch um Zurücknahme widerrechtlicher Privilegien handelte, da gaben Sie noch für eine Reihe von Jahren Entschädigung durch offene Prämien! Den Arbeitern aber nehmen Sie das Brot ohne Entschädigung. Wir lehnen diese Vorlage ab.

Minister Miquel: Ich will mich nicht auf Einzelfragen einlassen, sondern mich nur an die Hauptpunkte halten. Daß ein Bedürfniß für Vermehrung der Reichseinnahmen vorliegt, ist allgemein anerkannt. Allein schon die Handelsverträge bringen uns 30—35 Mill. Einnahmeverlust, und das bedeutet zugleich eine Entlastung für die minderbemittelten Stände. Für die Heeresvermehrung bedürfen wir rund 60 Millionen. Sowohl im Reichstage als in den urtheilsfähigen Kreisen im Lande wird daher — das wird mir kaum noch bestritten werden können — die Nothwendigkeit anerkannt, die eigenen Einnahmen des Reiches zu erhöhen. Man sagt nun: keine indirecten Steuern mehr, sondern Reichseinkommensteuer! Aber wie gering ist die Zahl der Stimmen, welche auf einen solchen Antrag abgegeben werden würden! Noch unmöglicher aber sind Zuschläge zu den Landes-Einkommensteuern, wegen deren ungleichen Grundlagen. Genau dieselben Einwendungen treffen für die Wehrsteuer zu. Eine Erbschaftssteuer wäre noch am ehesten durchführbar. Aber ein natürliches Rechtsgefühl widerstrebt in Deutschland der Erbbesteuerung der Descendenten, Ascendenten und Ehegatten. Nun hat man die Biersteuer vorgeschlagen. Aber sowie dieser Reichstag zusammentrat, hörte man von allen Parteien: Eine Biersteuer wollen wir nicht. Und außerdem, wäre es gerecht, Lasten, die doch eigentlich von ganz Deutschland getragen werden müssen, nur auf Norddeutschland zu legen? Süddeutschland hat sich die Bierbesteuerung vorbehalten, wir würden also der Einwilligung der süddeutschen Regierungen und Abgeordneten bedürfen. Wir werden dieser Frage also ein ander Mal näher treten müssen! Die Weinsteuer dagegen welche wir vorschlagen, trifft einen Genuß vorwiegend wohlhabenderer Classen. Bei dem Tabak traf bisher die Gewichtssteuer die Aermeren, eine Erhöhung der Gewichtssteuer würde also diese treffen und auch von den Tabakpflanzern nicht mehr getragen werden können. Schon das bloße Bestehenbleiben der Gewichtssteuer mußte über kurz oder lang unseren ganzen Tabakbau vernichten. Man schlug nun eine Erhöhung des Zolles vor, aber diesen nach dem Werthe zu bemessen, ist ganz unausführbar. Die Fabrikatsteuer giebt doch den Tabak frei, während die bisherige Steuer die Entwickelung des Tabakbaues verhindert hat. Ein Land, welches andrerseits offenbar zur Besteuerung nothwendiger Lebensmittel wurde schreiten müssen, darf einen solchen Verzicht nicht hinsichtlich des Tabaks aussprechen. Sie oder ein anderer Reichstag würde über kurz oder lang einen solchen Beschluß revidiren müssen. Der Abgeordnete für Bremen sagt ja sehr richtig: wir wollen lieber Erhöhung der Matrikularumlage! Ja, wenn die Interessen von Bremen hier allein entschieden, dann wäre das zutreffend. Bremen ist ja auch durch seinen Tabakhandel dabei interessirt. Aber Bremen allein kann hier nicht entscheiden. Bremen hat hohe Kopf-Einnahmen. Aber wir haben auch arme Gebirgsgegenden mit geringen Kopf-Einnahmen. Und zu welchen Ungleichheiten würde das führen. Und glauben Sie denn, die Einzelstaaten würden so leicht bereit sein, die Bedürfnisse des Reiches zu decken? Die Nothwendigkeit einer dauernden Auseinanderhaltung der Reichs- und der Einzelstaatsfinanzen läßt sich nicht bestreiten. In den Einzelstaaten wäre die Aufstellung eines festen Finanzplanes unmöglich; später bei Fehlbeträgen im Reiche würde man immer wieder auf die Einzelstaaten zurückgreifen und nun wende ich mich an die Patrioten und frage sie, was soll aus dem Reiche werden, wenn Sie die Vermehrung nothwendiger Einnahmen ablehnen? Ich wende mich aber auch an diejenigen, denen besonders das Wohl ihrer engeren Heimath am Herzen liegt. Was wird man Ihnen sagen, wenn Sie zu Hause nichts mitbringen als 60 Millionen neue Steuern für die Einzelstaaten? Daß die Interessenten sich sträuben nehme ich Ihnen gar nicht übel; aber anders liegen die Dinge für den Reichstagsabgeordneten. Wie will er es verantworten, wenn er bei dieser Finanzlage an dem Tabak vorübergeht? Mögen Sie die Einzelheiten der Vorlage, Höhe, Controle, bemängeln, aber das müssen Sie anerkennen, daß die Fabrikatsteuer allein und dauernd das Monopol hindert. Wir haben einen geringen Rückgang der Sicherheitswegen angenommen aber ich glaube kaum, daß er stattfinden wird; jedenfalls wird er nicht stattfinden für eine längere Dauer. Aber der Rückschlag auf die Industrie, Sie mögen die Vorlage annehmen oder nicht, ist heute schon vorhanden (Sehr richtig!) Die Fabrikanten, die heute so siegesgewiß auftreten, haben doch der Vorsicht wegen ihren Vorrath erhöht. Was die Controlmaßregeln anbelangt, so fürchtet man namentlich den Rückgang der Haus-Industrie; aber diese Hausindustriellen sind keine selbständigen Unternehmer, sondern nur kleine Arbeiter und ihre Thätigkeit ist eine höchst ungesunde. (Sehr richtig!) Hat die 79er Besteuerung den Consum nicht vermindert, so wird es die Vorlage auch nicht thun; denn die 1879er Besteuerung traf gerade den Massen-Consum, was heute nicht der Fall ist; ja ich glaube, der Massen-Consum wird steigen, denn man gewöhnt sich leicht an geringere Sorten. (Heiterkeit.) Man verweist auf Luxussteuern. Würden nicht bei einer Equipagensteuer sofort die Wagenarbeiter Einspruch erheben? Niedrige Luxussteuern bringen nichts ein und hohe beschränken die Erwerbs- und Arbeitsgelegenheit. Damit will ich nicht sagen, daß ich nicht in Zukunft noch einmal auf Luxussteuern zurückkomme. (Heiterkeit!) Freilich, den Leuten kann ich nichts recht machen, die in Preußen die directen und im Reiche die indirecten Steuern bekämpfen. — Man hat auf die Möglichkeit einer Verschiebung der Tabakfabrikation nach Süddeutschland hingewiesen. Diese wird aber nicht durch die Vorlage, sondern durch die billigeren Löhne bedingt. Alle Umstände sprechen für die Fabrikatsteuer; man konnte über diese trotz kleiner Bedenken nicht hinwegsehen; den 20 000 Tabakarbeitern hält man doch mit Recht 100 000 Tabakpflanzer entgegen; gerade für den Tabakbauer wird die Arbeitsgelegenheit immer schwieriger. (Sehr richtig!) Für ihn ist ein Ersatz seiner Arbeit besonders schwierig und da wäre es besonders ungerecht die Vortheile abzulehnen, die ihm die Vorlage bietet. Erwägen Sie alle Vortheile, welche die Vorlage in industrieller, wirthschaftlicher und finanzieller Beziehung bietet, so werden Sie ein zustimmendes Votum nicht bereuen. (Beifall.)

Abg. Baron v. Arnswald-Hardenbostel (Deutsch-annov.) erklärt sich namens seiner Freunde gegen die Vorlage.

Abg. Weber-Heidelberg (ntl.) wünscht, in der Commission zu prüfen, ob die Vorlage nicht durch eine Herabsetzung der Steuer auf inländischen Tabak annehmbar zu machen sei.

Abg. Richter (frs): Die Rede des preußischen Finanzministers war sehr schön; aber nicht immer kann die Rede des geschicktesten Advokaten den Delinquenten vom Todesurtheil retten. Warum hat Herr Miquel seine Rede nicht schon früher gehalten? In einer Etatsrede pro 1892/93 hat Herr Miquel ausgeführt, daß die Handelsverträge gar keinen Einfluß auf die preußischen Finanzen haben würden. Allerdings haben die Kreise einen Ausfall erlitten, aber sie sind in den letzten Jahren auch wahrlich genug gespickt worden. Den Ausfall in Preußen hat der Herr Minister durch neue Steuern reichlich gedeckt; hier verlangt er zum zweiten Male Deckung; er bringt auch mit Vorliebe die Frage der Schuldentilgung hervor, wenn er neue Steuern verlangt, aber von der Tabaksteuer werden keine Schulden getilgt werden. Wir empfehlen Ihnen Fortfall der Liebesgabe, der Zuckerprämien und unser Vorschlag ist so gut, wie andere von jener Seite. Hätte man die Militär-Vorlage mit diesen Steuervorlagen beschwert, so wäre sie sicher nicht angenommen. Für uns ist außer der Höhe der Tabaksteuer namentlich das Controlsystem unannehmbar. Der Herr Minister spricht von der kümmerlichen Existenz der Hausindustriellen; aber er hilft diesen Leuten à la Doctor Eisenbart, indem er ihnen die kümmerliche Existenz raubt. Man solle der Tabakindustrie Ruhe lassen, meinte der Herr Minister, aber in derselben Rede kundigte er an, daß der Tabak keine Ruhe finden werde. Das haben wir früher schon vom Fürsten Bismarck gehört. Das heutige Ministerium macht nicht den Eindruck, als ob es dauerhafter wäre, als Fürst Bismarck in seiner Stellung. Am besten wäre es, wir erledigten die Vorlage sofort im Plenum in zweiter Lesung; es handelt sich für die Commission doch nur darum, ob dem Gesetz ein Begräbniß erster oder zweiter Klasse bereitet werden soll. Der Hinweis auf die Lage der Einzelstaaten schreckt mich gar nicht. In Preußen hat man bis er noch immer Geld für Zwecke, die nicht dringend nöthig sind, und schließlich sind wir doch auch in den Einzelsandtagen anwesend, wo man, wie es scheint, gegen das Reich mobil machen will. Wenn der Finanzminister von den guten Patrioten geordnete Steuer-Verhältnisse verlangt, so schaffe er nur erst auch geordnete Erwerbs-Verhältnisse; es scheint, als ob eine Wendung zum Besseren sich vollzöge; dies ist ja auch aus den Aeußerungen des Herrn von Stephan auf einem kürzlich abgehaltenen Banquett zu entnehmen. Warten wir diese Besteuerung ab und stören wir sie nicht durch die Annahme der Vorlage.

Finanzminister Dr. Miquel: Ich bin erstaunt, daß ein Kenner der preußischen Finanzverhältnisse in meiner Gegenwart solche Dinge behaupten kann. (Sehr richtig! Abg. Richter ruft: Mit vollem Recht!) Der Minister legt die ablehnende Haltung des Abgeordneten Richter gegenüber der preußischen Steuerreform, namentlich auch der Gewerbesteuer, dar. Herr Richter wird doch dem Reichstage nicht glauben machen wollen, die erforderlichen 60 Millionen Mark im Reiche könnten aus Rechts gedeckt worden. Nicht wir haben die Tabakbauer groß gezogen, sondern diese sind unter dem jetzigen Gesetz rapid zurückgegangen. Wir werden daran festhalten, daß wir das, was wir für unseren eigenen Bedarf herstellen können, auch wirklich herstellen. Herr Richter hält die Erhöhung der Matrikularumlagen nicht für so schlimm; aber die Verhältnisse waren nicht so günstig in den anderen Einzelstaaten wie in Preußen. Aber hier schwanken die Einnahmen aus den Ueberweisungen in fünf Jahren von einem Plus von 80 Millionen auf ein Minus von 35 Millionen, die jetzt als Matrikularumlagen gezahlt werden müssen. Es ist ein schwerer politischer und nationaler Fehler, wenn in dieser Weise die Einzelstaaten gezwungen werden gegen die Finanzpolitik des Reiches Stellung zu nehmen. Richters Taktik war stets, das Centrum vorzuschieben in die Opposition; ich hoffe aber, daß diesmal das parlamentarische Kunststück des Herrn Richter vollständig ohne Erfolg vorübergehen wird. (Heiterkeit und Beifall.)

Abg. Graf v. Bulach (cons.) schildert den Rückgang des Tabakbaues und der Fabrikation in Elsaß. Dort habe die Bevölkerung das Monopol kennen gelernt, das die Einnahmen der Tabakbauer von 1½ auf 6 Millionen in die Höhe gebracht hat; jetzt gehe der Tabakbau von Jahr zu Jahr zurück, obwohl von dem Elsasser Tabak feststehe, daß er an Qualität bedeutend gewonnen habe. Die Schuld trage der geringe Zoll auf ausländischen Tabak und dessen erdrückende Concurrenz. Wir werden als Vertreter der Tabaksbauern die Frage des höheren Tabakszolles nicht ruhen lassen und bitten, die Vorlage in einer Commission zu berathen.

Hierauf wird die Debatte geschlossen. — Die Vorlage geht zur Vorberathung an die Steuer-Commission.

Nächste Sitzung Mittwoch, den 17 dies. Mts., 1 Uhr: Initiativanträge betr. die Novelle zur Gewerbe-Ordnung. (Hausirgewerbe) u. A.

Schluß 6¼ Uhr.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 13. Januar.

Todesfälle. III. Grubensteiger Franz Welzel, 73 Jahre. — Arbeiter Friedrich Knitz, 38 J. — Kaufmannsfrau Anna Neugebauer, geb. Fischer, 39 J. — Köchin Maria Luppa, 59 J. — Arbeiterin Rosina Smolka, 43 J. — III. Margarethe, T. des Eisenbahnbetriebs-Secretärs Max Seiffert, 6 Mon. — Georg, S. des Destillateurs Franz Kastner, 4 J. — Fritz, S. des Arbeiters Julius Stasch, 2 Stdn. — Elisabeth, T. des Postschaffners Thomas Janocha, 7 J.

Vom 15. Januar.

Heiraths-Ankündigungen. I. Täschner Paul Thurnhofer, kath., Mariannenstraße 14, und Ida Kettner, evang., Grünstraße 26 — II. Arbeiter Carl Gottwald, kath., Gräbschenerstraße 58, und Martha Zimmer, evang., daselbst. — Buchhalter Carl Pradelt, evang., Ziethenstraße 10, und Wilhelmine Werner, evang., Schubbrücke 28 29. — Bureau-Assistent der Landesversicherungsanstalt Johann Scharmann, evang.-luth., Plauen, mit Elisabet Bauch, evang., Vorwerksstraße 76 — Steuererheber Oscar Anders, evang., Berlinerstraße 45, und Anna Schwing, evang., Friedrichstraße 16. — Bodenarbeiter Heinrich Kurzke, evang., Ohlauerstraße 29, und Emma Guderley, evang., Vorwerksstraße 16. — Arbeiter Paul Blum, kath., Lewaldstraße 3, und Hedwig Schmidt, kath., Gräbschenerstraße 60b. — III. Punktirer Georg Illmer, kath., Große Dreilindengasse 12, und Clara Scholz evang., daselbst. — Vice-Feldwebel Josef Felke, kath., Bürgerwerder, Kaserne 2, und Auguste Schulz, evang., Gartenstraße 29c.

Eheschließungen. I. Buchdrucker Max Kleinwächter, ev., mit Ida Döring, kath., hier. — Schuhmacher Carl Kaschner, ev., mit Ida Kaschner, geb. Schur, ev., hier. — Stellmacher Aloys Brauner, kath., mit Anna Wenzky, ev., hier. — Schuhmacher Franz Fiolka, kath., mit Bertha Scholz, ev., hier. — II. Schriftsetzer Max Pohl, kath., mit Gertrud Prüfert, kath., hier. — Zahntechniker Wilhelm Kiefer, kath., mit Olga Knauer, geb. Kassubeck, kath., hier. — Arbeiter Heinrich Süßenbach, ev., mit Susanna Langner, ev., hier. — Zahntechniker Fritz Groß, evang., zu Oppeln, mit Elisabeth Schneider, ev., hier. — Apotheker Max Laube, ev. mit Helene Schadow, ev., hier. — Bäckermeister Gottlieb Goletz, ev., mit Pauline Otto, evang., zu Berlin. — III. Restaurateur Paul Kirchner, kath., mit Catharina Litze, kath., Glatz. — Droschken-Kutscher Hermann Pfitzner, evang., mit Ernestine Walter, ev., hier. — Handlungsreisender Paul Podolsky, altkath., mit Elisabeth Tesche, evangelisch hier. — Apothekenbesitzer Arthur Schlicht, evng., Deutsch-Wartenberg, mit Helga Boeck, ev., hier.

Todesfälle. I. Ehem. Bäcker Robert Wolff, 68 J. — Wally, T. des Dieners Paul Rother, 14 T. — Früherer Schlossergeselle Hermann Rappich, 38 J. — Früherer Arbeiter Josef Lange, 50 J. — Kaufmannsfrau Elisabeth Schreyer, geb. Ueberschär, 25 J. — Schneidermeister Louis Kusche, 72 J. — Arbeiter Oscar Pirnay, 50 J. — Schlossergeselle Hermann Rilke, 26 J. — Schneidermeisterswittwe Ernestine Krug, geb. Bitter, 73 J. — Ida, T. des Todtengräbers Carl Rasoke, 1 J. — Louise, T. des Schneidermeisters Paul Hanschke, 1 J. — Pfefferküchlermeister Adolf Nicolaus, 61 J. — Martha, T. des Schneiders Carl Stiller, 1 T. — Schmiedegesellenfrau Ernestine Eppert, geb. Siegert, 46 J. — III. Paul, S. des Arbeiters Carl Weiß 3 T. — Elfriede, T. des Militär-Oberbäckers Oswald Bettermann, 2 J. — Arthur, S. des Schriftsetzers Otto Jacksch, 3 Mon. — Militär-Invalide Adolf Bennert, 59 J. — Tischler Aloys Wenzel, 41 J. — Arbeitersfrau August Grimm, geb. Adler, 41 J. — Richard, S. des Arbeiters Aloys Seidel, 2 Mon. — Siechenhausgenossin Schuhmachermeisterswittwe Beate Rudolph, geb. Schleicher, 79 J. — Oscar, S. des Arbeiters Oscar Steinert, 2 Wchn. — Droschkenkutscher Carl Kudzia, 53 J. — Restaurateursfrau Dorothea Schulwitz, geb. Preuß.

Breslau, 15. Januar. (Amtlicher Producten-Börsen-Bericht). Roggen (per 1000 Kilogramm) per Januar 123,00 G., Hafer (per 1000 Kilogramm per Januar 153,00 G. — Rüböl (per 100 Kilogramm) — gekündigt — Ctr., loco, in Qualitäten à 5000 Kilogramm —, per Januar 47,00 B., per April-Mai 47,50 B. — Spiritus per 100 Liter (à 100 pCt.) ohne Faß; exel. 50 und 70 Mark Verbrauchsabgabe, gek. — Ltr., abgelaufene Kündigungsscheine —, per Januar 50er 49,50 G., 70er 30,10 G. Zink ohne Umsatz.

Breslau, 15. Januar. (Breslauer Mehlmarkt.) Weizen-Auszugsmehl per Brutto 100 kg incl. Sack 22,00 bis 22,50 M. — Weizen-Semmelmehl per Brutto 100 kg incl. Sack 20,00—20,50 M. Weizen-Kleie per Netto 100 kg in Käufers Säcken a) inländisches Fabrikat 8,60—9,00 Mk., b) ausländisches Fabrikat 8,20—8,60 Mk. — Roggenmehl fein per Brutto 100 kg incl. Sack 18,00—18,50. — Futtermehl per Netto 100 Kilogramm in Käufers Säcken: a) inländisches Fabrikat 9,20—9,60 M., b) ausländisches Fabrikat 8,60—9,00 M.

Stadt-Theater.

Direction: Dr. Theodor Loewe.
Dienstag:
Norma.

Lobe-Theater.

Direction: Felix Witte-Wild.
Dienstag:
Benefiz-Vorstellung II. Serie.
Anfang pünktlich 7 Uhr.
Die Kreuzer.
Charley's Tante.
Mittwoch:
Dieselbe Vorstellung.

Voranzeige:
Sonnabend, den 20. Januar 1894.
Zum letzten Male:
„Der Herr Senator."

Stockgasse 27
im Größte Heringe-Handlung.
Grüne Heringe, 3 Pfd. 20 Pfg.
Schottenheringe, vorzügl. zum Mariniren, Wandel v. 30 Pfg. an.

Möbel, Spiegel, Polsterwaaren, Regulatoren, Wand- und Taschenuhren, Teppiche nur Gelegenheitskäufe, kauft man am billigsten bei 1871

Gerstel,

früher **Mehlhose.**
70 Matthias-Straße 70.

Rum-, Sprit- und Liqueur-Fabrik.
Edwin Detahon.

1911
Fabrik: Neumarkt 6. Filiale: Friedrich-Wilhelmstraße 40b.
Hofbäckerei der Elektrischen Bahn. Telephon Nr. 807.

Herrn Eugen Richter's
Bilder aus der Gegenwart

Eine Entgegnung
von
Franz Mehring.

Preis 30 Pf.

Zu beziehen durch die Expedition der Volkswacht.

W. Gluche
Catharinenstraße 1,
zum goldnen Stiefel.
Damenstiefeln
zum Schnüren gefüttert, breite Fagon, hohe und niedrige Absätze
Einheitspreis 3,75—4,50 Mk.

Damen-Schnürstiefeln, gefüttert, 4,50 Mk. Damen-Langschuhe 3,75 Mk. Herren-Langschuhe 4,50 Mk. Herren-Schnürstiefeln 4,50 Mk. Herren-Filzstiefeln 3,50 Mk. Herren-Schnürschuhen, gefüttert 4,50 Mk. Herren-Schnürschuhen, Rindleder 3,50 Mk. Kinderschuhe, normale Façon 40 Pf.

Automatisch hermetischer Fenster-Verschluß
der das Mann zeitraubende, mühsame Nachstellen des Fensters entbehrlich macht und das Mauerwerk vor Feuchtigkeit schützt.

Eine Welt- und Lebensanschauung für das Volk
mit besonderer Berücksichtigung der wirthschaftlichen und gesellschaftlichen Fragen von J. G. Vogt.
in 50 wöchentlichen Lieferungen à je 10 Pf. [illegible]
Zu beziehen durch die Expedition der Volkswacht.

Durch die Expedition der „Volkswacht" ist zu beziehen:

Die vorzüglich gelungene Büste von
Lassalle's Grabstätte.

Preis 25 Pfg.

Socialdemokratischer Verein für Breslau und Umgegend.

Lesezimmer Nr. I.
W. Galle's Restaurant, Andersonstraße 4.
Mittwoch, den 17. Januar, Abends 8 Uhr:
Mitgliederversammlung.

Lesezimmer Nr. II
fällt der Parteiconferenz wegen aus.

Gesangsabtheilung.
„Drei Tauben", Neumarkt Nr. 8.
Jeden Freitag Abends 8 Uhr:
Uebungsstunde unter Leitung eines tüchtigen Dirigenten. — Aufnahme neuer Mitglieder erfolgt im Januar. — Beiträge zum Verein werden entgegen genommen.

Außerdem werden die Parteigenossen, insbesondere die Vereinsmitglieder darauf aufmerksam gemacht, daß im Vereinslocal „Drei Tauben" folgende Parteizeitungen zu freier Benutzung ausliegen: „Vorwärts", „Echo", „Wähler", „Fränkische Tagespost", „Proletarier", „Volkswacht".

Der Vorstand.

Oeffentliche Versammlung
der Maler, Lackirer, Anstreicher
und verwandter Berufsgenossen.
Donnerstag, den 18. Januar, Abends 7 Uhr
in Edlich's Brauerei, Neumarkt Nr. 8.
Tages-Ordnung:
1. Gewerbegerichtsbeisitzerwahlen. 2. Aufstellung der Beisitzer. 3. Wahl der Delegirten zum Gewerkschafts-Cartell. 4. Verschiedenes.
Gäste haben Zutritt. **Der Einberufer.**
In Anbetracht der wichtigen Tages-Ordnung ist das Erscheinen sämmtlicher Collegen dringend geboten. 1916

Seat-Restaurant
Ziegelgasse 5. 1808
am Kaiserin Augusta-Platz.
Hochachtungsvoll empfiehlt den geehrten Herrschaften seine zum gefälligen Besuch.
Frische Jauersche Bratwurst vorhanden.
Für musikalische Unterhaltung gesorgt.
Vereins-Zimmer zu vergeben.
Kegelbahn zum Sport-Club können sich melden.
Der Wirth **Philipp Rinkel.**

Heute erschien:
Illustrirte Weltgeschichte für das Volk
mit besonderer Berücksichtigung der Kulturentwickelung
bearbeitet von
J. G. Vogt.
4 Bände à 15 Lieferungen à 10 Pfennige,
Die erste Lieferung enthält: Von Marxistischer Geschichtsauffassung [illegible] Zusammenhang der Begebenheiten, die treibenden Mächte [illegible] Bedingungen des geschichtlichen Geschehens und vor [illegible] Entwickelungsgesetzen [illegible], die Aufgaben und Verdienste [illegible] großen Männer, [illegible]
Illustrirt [illegible] Text vorzüglich!
Schöne Prospekte gratis. Probehefte stehen gerne zu Diensten.
Bestellungen nimmt entgegen **das gesammte Träger-personal der Volkswacht.** **Die Expedition dieses Blattes**

Illustrirter
Neue Welt-Kalender
für das Jahr 1894.
Inhalts-Verzeichniß.

[illegible] Frühling, Sommer und Herbst. [illegible] Wärme und Kälte. [illegible] Schnee. Erzählung von [illegible] Die Frühlingsluft. [illegible] Wasserpflanzen. Frühlingsblumen und Sonnenblumen. [illegible] Kaiserpalast. [illegible] Leiper und Blei. [illegible] Der Kaiser. [illegible] Die Reichspost vor [illegible] Heimfahrt. [illegible] Bakterien und Bakterienkrankheiten. [illegible] Gesicht [illegible] Wasser Wind und Wolken. Erzählung von [illegible] Die Ei und Entwicklung [illegible] Für unsere Radfahrer. [illegible]
[illegible] Die Kinderwelt. [illegible] Die Kinderwelt. [illegible]
[illegible] Die Expedition der Volkswacht" [illegible] und alle Kolporteure.

Striegau
Arbeiter-Verein
Sonntag, den 21. Januar 1[illegible]
Nachmittag 3 Uhr
im Gasthof zur Stadt Bres[illegible]
Beitragserhebung u. Aufn[illegible] neuer Mitglieder.
Zahlreiches Erscheinen erwün[illegible]
Der Vorst[illegible]

Genossen und Bekann[illegible]
zur **Nachricht,** daß ich ein Restaurant
Museumplatz Nr. [illegible]
eröffnet habe. Bitte um ge[illegible] Besuch. Volkswacht liegt aus.
Carl Ben[illegible]

Stenograp[illegible]
erlernt man in 6 Wochen gründl. [illegible] die vom Verein Stenographen [illegible] herausgeg. 6 Unterrichtsbriefe. [illegible] riet, Correctur der Arbeiten [illegible] Gesammte Unkosten für Lehrb., S[illegible] heft, Unterrichtbr. incl. Porto 4 [illegible] Clausen, 1. Vors. d. St.-Sch., [illegible] SW., Teltowerstraße 37.

Neu eröffnet!
Abzahlungs-Baz[illegible]
auf wöchentliche und monatliche [illegible] zahlungen
auf Wäsche, Möbel, Uhren
Vorwerkstrasse 17, [illegible]

Inlets garantirt federdicht, Meter **50 Pf.** an bei **Salo Fren[illegible]** **Breite-Straße 4-5.**

Arbeiterhemden und **Hosen** 70 Pf. an bei **S. Mayer,** Frie[illegible] **Wilhelmstraße 7.**

Eine neue Nähmaschine steh[illegible] die Hälfte des sonstigen Werthes [illegible] Verkauf. **S. Mayer,** Frie[illegible] Wilhelmstr. 7.

Wilh. Langner
Cigarren-Fabrik
Bismarckstraße 38
empfiehlt ihr Lager **selbstgefertig[illegible] Cigarren** einer geneigten Beach[illegible]

Alle die „Volkswach[illegible] betreffenden Beschwerd[illegible] sind an den Obmann [illegible] Preßkommission,
Herrmann Wersch[illegible]
Humboldtstr. 7
zu richten.

Mein
Auktions-Lokal und Möbel-Handlu[illegible]
befindet sich nicht mehr [illegible]
Matthias-Straße Nr. 1[illegible]
wo jetzt der Trödelladen ist **sondern** [illegible]
Matthiasstr. 7[illegible]
H. Gerstel, früher **Mehlh[illegible]**

Der Süddeutsche Postillon
Preis 10 Pfg.
Zu haben bei allen Colporteuren.

Spottbillig!
Leder-Damen-Stiefel nur 4,75 Mk.
Zur billigen Schuhquelle 13, Ecke der Schmiedebrücke
13 Neumarkt-Ecke
Nur 5 M. 75 Herren-Stiefel in Zwa[illegible] Schaft